



Für Stabilität und Wachstum
Arbeitsbericht der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion 2011



Für Stabilität und Wachstum

Arbeitsbericht der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion 2011

Inhalt

Vorwort	4	Wir schützen unsere Bürger	48
Wir führen Europa in die Stabilitätsunion	8	Wir stehen für eine dauerhaft friedliche und gerechte Ordnung in der Welt	52
Wir bringen Deutschland die Energie von morgen	16	Weitere Informationen zu ausgewählten Politikfeldern der Fraktion	56
Wir verteidigen die Religionsfreiheit und stehen den Christen bei	24	Veranstaltungen	57
Wir sorgen dafür, dass der Aufschwung bei den Menschen ankommt	32	Gremien	64
Wir schaffen Arbeitsplätze und bringen die Menschen raus aus Hartz IV	36	237 CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete	68
Wir gestalten die Bildungs- und Familienrepublik Deutschland	40	Kontakt	71
Wir verbessern die medizinische Versorgung, stärken die Rechte der Verbraucher und unsere Landwirtschaft	44		

Vorwort

Deutschland geht es gut

In den vergangenen Monaten hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wegweisende Entscheidungen für unser Land getroffen. Seit der Zeit der Wiedervereinigung hat es wohl keine Periode gegeben, in der die Politik so gefordert war wie im Jahr 2011 – von der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 und 2009 vielleicht einmal abgesehen. Aber auch in dieser Zeit mussten nicht Beschlüsse in dieser Bandbreite gefällt werden.

Die christlich-liberale Koalition hat die Herausforderung angenommen. Wir können mit Stolz zur Halbzeit dieser Legislaturperiode sagen: Deutschland geht es gut. Die Menschen sind optimistisch. Unser Land hat Zukunft. Wir sind dafür gewappnet, alle Herausforderungen bestehen zu können.

Wir leben in einer schwierigen Zeit. Von der Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich Deutschland im Vergleich zu allen Ländern auf der Welt mit am besten erholt. Die Union und die Bundeskanzlerin hatten den Bürgern versprochen, dass Deutschland stärker

aus der Krise hervorgehen wird, als es vorher war. Wir haben Wort gehalten.

Doch nun müssen wir uns mit einer neuen Finanzkrise auseinandersetzen, die zum Teil ihre Wurzeln noch in der alten hat. Es geht um die Stabilität unserer Währung. Die Krise hat nichts mit dem Euro selbst zu tun, sondern wurde durch die unverantwortliche Schuldenpolitik einiger Mitgliedstaaten verursacht. Aber der Euro ist und bleibt unsere Währung. Wir profitieren stark von ihm. Er hält Europa zusammen. Deshalb war es im deutschen Interesse, dass wir notleidende Euro-Mitgliedstaaten gestützt haben, um zu verhindern, dass die Krise sich ausbreitet.

Die Ursachen für diese Krise müssen beseitigt werden. Weil dies nicht von heute auf morgen geht, wird das Thema auch in den nächsten Monaten auf der Agenda bleiben. Wir müssen dafür sorgen, dass in Europa wieder eine Kultur der Solidität und Stabilität einzieht. Wir müssen Europa weiterentwickeln.



Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Daran wird sich die Bundestagsfraktion aktiv beteiligen. Schon bei der Modernisierung des Euro-Rettungsschirms haben wir durchgesetzt, dass der Bundestag das letzte Wort hat. Das ist ein Paradigmenwechsel. Die nationalen Parlamente werden in Europa mehr Gewicht bekommen. Ich möchte mich hier ausdrücklich bei meiner Ersten Stellvertreterin und CSU-Landesgruppenvorsitzenden Gerda Hasselfeldt für die Zusammenarbeit bedanken.

Die Banken tragen nicht die Schuld an der Euro-Krise. Doch bleibt es für die Politik eine ständige Aufgabe, die Regulierung der Finanzmärkte fortzuentwickeln. Wir haben auch hier schon vieles geschafft. Um Banken künftig geordnet abwickeln zu können, wird seit diesem Jahr eine Bankenabgabe erhoben. Die Institute müssen auch mehr Eigenkapital vorhalten, um Krisen selbst durchstehen zu können – und nicht mehr mithilfe des Steuerzahlers.



Die Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion treffen sich immer dienstags in der Sitzungswoche im Fraktionssaal.

Aber auch auf diesem Gebiet bleibt noch einiges zu tun. Die Politik wird beweisen, dass sie die Regeln setzt. Das erwarten die Menschen.

Neben der Stabilität unserer Währung ist die Energieversorgung ein zentrales Thema für die kommenden Generationen. Hier haben wir die Weichen neu gestellt. Wir betreten als erstes großes Industrieland das Zeitalter der erneuerbaren Energien. Viele wer-

den uns in den nächsten Jahren folgen, am Ende alle. Denn eines ist sicher: Die Vorräte an Öl, Gas und Kohle werden eines Tages erschöpft sein.

Wir haben beim Energiekonzept streng darauf geachtet, dass Ökologie und Ökonomie zwei Seiten derselben Medaille sind. Sie sind keine Gegensätze, sondern gehören zusammen. Die neue umweltfreundliche Energieversorgung wird bezahlbar blei-



Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder mit seiner Ersten Stellvertreterin und CSU-Landesgruppenvorsitzenden Gerda Hasselfeldt.

ben. Sie wird der deutschen Wirtschaft aber neue Absatzchancen eröffnen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion macht Politik auf Grundlage des christlichen Menschenbildes. Es eint und verbindet uns. Das feste Wertefundament gibt uns den Kompass, um auf überraschende Entwicklungen und gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren. Wir geben dabei nichts auf, sondern erfüllen

unsere Aufgabe: dem Wohl der Bürger auch in turbulenten Zeiten zu dienen.

Volker Kauder MdB
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Wir führen Europa in die Stabilitätsunion

Deutschland hat den Euro eingeführt und wird ihn verteidigen. Der Euro ist mehr als eine Währung. Er bildet eine Klammer um das friedlich vereinte Europa. In den Augen der CDU/CSU steht er für die geistliche Zukunft Europas und für Europas Gewicht in der Welt.

Der Euro hat seit seiner Einführung stets die versprochene Preisstabilität gebracht. Auch sein Außenwert ist solide. Die stabile Entwicklung wird nun durch übermäßige Verschuldung vieler Staaten gefährdet. Eine zu hohe Staatsverschuldung reduziert die finanziellen Spielräume. Bei Griechenland, Irland und Portugal hat sie Nothilfekredite mit Haftungszusagen anderer Mitgliedstaaten erforderlich gemacht. Auch haben weitere Länder jahrelang die Stabilitätsregeln für den Euro missachtet. Hier wollen wir die Wende schaffen. Die CDU/CSU will Europa aus der Verschuldungskrise in die Stabilitätsunion führen.

Diese Herausforderung konnten wir uns nicht aussuchen, aber wir nehmen sie im Bewusstsein der

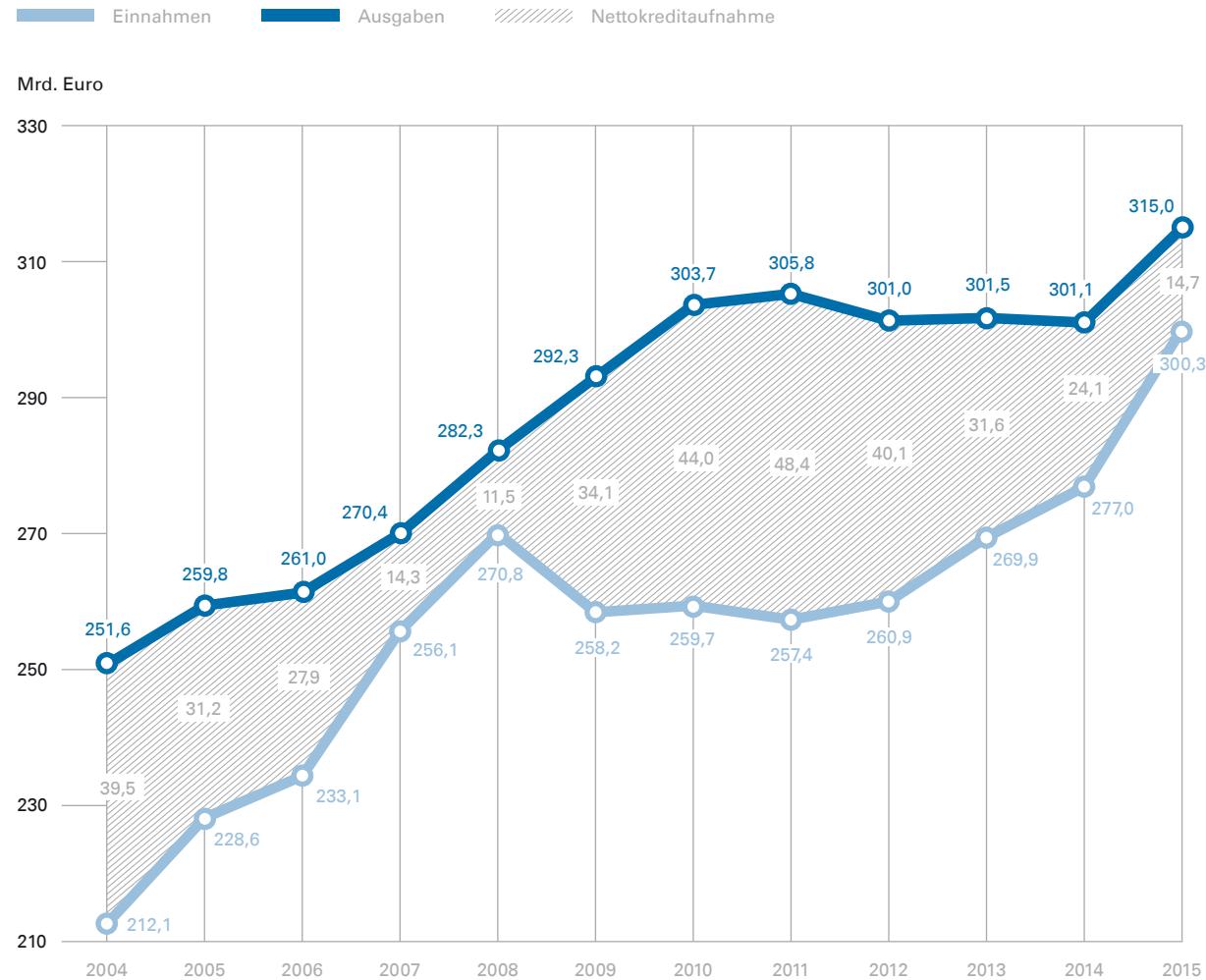
Verantwortung an. Wir wollen ein Auseinanderbrechen der Währungsunion oder den unkontrollierten Zahlungsausfall eines Euro-Staates verhindern. Wir wollen unkalkulierbare Folgen für die finanzielle und wirtschaftliche Situation Europas und der Welt verhindern. Wir wissen: Es gibt keine schnellen oder einfachen Lösungen.

Mit gutem Beispiel vorangehen

Auf dem Weg in die Stabilitätsunion müssen wir mit gutem Beispiel vorangehen. Von entscheidender Bedeutung ist die eigene Haushaltsdisziplin. Im Zeitraum 2011 bis 2014 bauen wir die Neuverschuldung und das strukturelle Defizit mit einem Sparpaket von knapp 82 Milliarden Euro ab. Die hervorragende konjunkturelle Entwicklung mit starken Wachstumsraten und Rekordzahlen am Arbeitsmarkt bestätigt unseren Kurs der wachstumsorientierten Konsolidierung. Wir sind auf dem besten Weg, die im Grundgesetz verankerte Schuldenregel vorzeitig zu erfüllen.

Entwicklung von Einnahmen, Ausgaben und Nettokreditaufnahme

Ist 2004 bis 2010, Soll 2011 bis 2015
Quelle: Bundesministerium der Finanzen



Deutschland ist Vorreiter in der Finanzmarktregulierung

Auch bei der Finanzmarktregulierung sind wir Vorreiter. Wir verfügen in Deutschland seit einem Jahr über ein Instrumentarium, mit dem wir systemisch relevante Banken schonend restrukturieren oder geordnet abwickeln können.

Banken können nicht mehr darauf vertrauen, aus gesamtwirtschaftlichen Gründen von der öffentlichen Hand gerettet zu werden. Dem Haftungsprinzip ebenso wie der verbesserten Transparenz werden auch unsere zahlreichen weiteren Neuregulierungen gerecht: Banken und Versicherungen müssen angemessene, transparente und auf nachhaltige Entwicklung ausgerichtete Vergütungssysteme einführen. Manager von Hedgefonds müssen bestimmte Zulassungskriterien erfüllen. Ratingagenturen unterliegen erstmals einer Registrierungspflicht und Aufsicht. Ungedechte Leerverkäufe von allen deutschen Aktien und Staatstiteln der Euro-Zone sowie Kreditversicherungen auf Staatstitel der Euro-Zone, die keinen Absicherungszwecken dienen, sind seit Juli 2010 generell verboten.

Zentraler Bestandteil der weltweiten Finanzmarktregulierung sind die strengeren Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen für Banken (Basel III). Verluste sollen besser absorbiert werden können, sodass die Widerstandsfähigkeit des Bankensektors wächst. Wir unterstützen diesen Weg. In Deutschland soll das neue Regelwerk ab Januar 2013 angewendet werden.

Verbraucherschutz bei Finanzprodukten

Natürlich hat die Koalition auch die Verbraucher von Finanzprodukten im Blick. Wir haben kurze und verständliche Produktinformationen, sogenannte „Beipackzettel“, für Finanzprodukte eingeführt. Außerdem haben wir die Aufsicht über das Vertriebspersonal bei Kreditinstituten verbessert und die Sanktionsregelungen bei Falschberatungen verschärft. Im Bereich des grauen Kapitalmarkts schaffen wir mit dem Finanzanlagenvermittler- und Vermögensanlagengesetz ein vergleichbares Anlegerschutzniveau.

Unser Kurs der Finanzmarktregulierung ist eindeutig: Anleger müssen kritischer und Finanzinstitute robuster werden, um Ansteckungsgefahren zu bannen. Die Märkte sind aber nicht Ursache der Schuldenkrise. Ausgangspunkt sind staatliche Schuldenberge, die so stark angestiegen sind, dass Investoren Vertrauen in die (Rück-)Zahlungsfähigkeit der betreffenden Staaten verloren und deshalb Risikoaufschläge gefordert haben, die für Griechenland, Irland und Portugal nicht mehr bezahlbar waren.

Weitgehende Kontrollrechte für den Bundestag

Im Deutschen Bundestag haben wir am 7. Mai 2010 beschlossen, Gewährleistungen bis zur Höhe von insgesamt 22,4 Milliarden Euro für Kredite an Griechenland zu übernehmen. Das Land hat damit Zeit für die notwendigen Reformen gewonnen. Noch im



Die Mitglieder der Koalitionsfraktionen vor der namentlichen Abstimmung zur Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) am 29. September 2011.



Der Bundestag hat weitgehende Kontroll- und Mitspracherechte bei der Euro-Rettung.

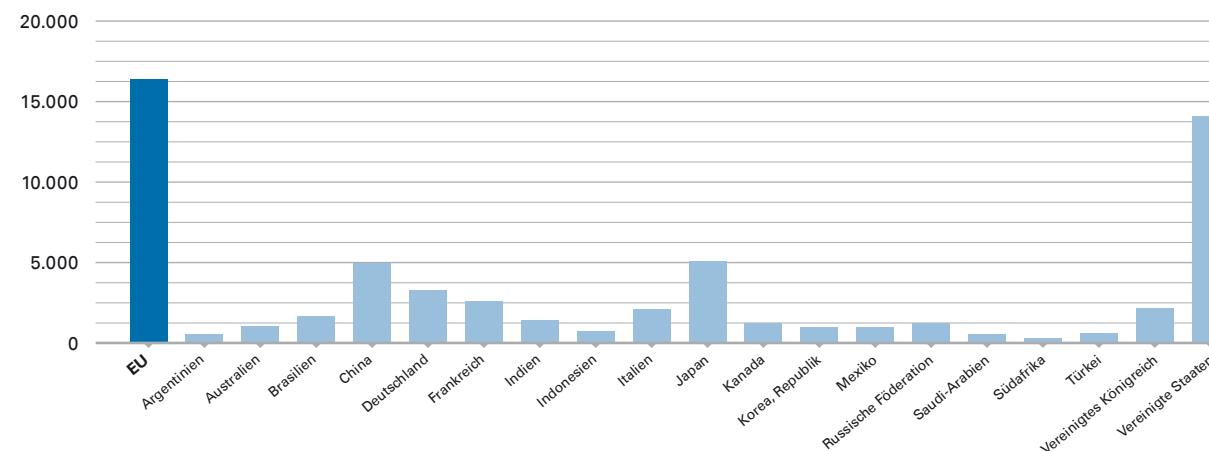
Mai 2010 haben sich die Staats- und Regierungschefs der Euro-Gruppe auch auf einen europäischen Stabilisierungsmechanismus zur Wahrung der Finanzmarktstabilität in Europa geeinigt. In kürzester Zeit haben wir uns im Bundestag bereit erklärt, weitere Gewährleistungen zur Absicherung von Notkrediten bis zu einer Höhe von 147,6 Milliarden Euro zu übernehmen. Dieser Weg hat sich als richtig erwiesen: Eine katastrophale Lage wie nach der Lehman-Pleite ist ausgeblieben. Die Stabilisierung von Irland und Portugal ist auf einem guten Weg, Investoren in Anleihen des Rettungsschirms stehen Schlange, und die strengen Auflagen für die Nothilfen schrecken andere Mitgliedstaaten vor laxer Haushaltsführung ab.

Ende September dieses Jahres haben wir eine Reform des Rettungsschirms gebilligt. Wir haben den Instru-

mentenkasten vor allem mit Eingriffsmöglichkeiten zur Vorbeugung erweitert und die Spitzenbonität des Rettungsschirms abgesichert. Der Bundestag erhält weitreichende Befugnisse zur finanziellen Kontrolle, womit die demokratische Legitimität von Rettungsmaßnahmen verbreitert wird. Zur Aufstockung des deutschen Haftungsanteils von 123 auf rund 211 Milliarden Euro waren wir vor allem deshalb bereit, weil die damit abgesicherte Spitzenbonität auch ein politisches Kennzeichen für die Solidität Europas ist. Überdies wurde im neuen Gewährleistungsrahmen zusätzlich ein Bankenrettungsschirm aufgespannt, mit dem Ansteckungsgefahren in der Währungsunion besonders wirksam gebannt werden können: Strauchelnde Finanzinstitute können mit frischem Kapital stabilisiert werden – wie wir es in Deutschland bereits mit dem Bankenrettungsfonds erfolgreich vorgemacht haben.

Bruttoinlandsprodukt der EU und der G20-Staaten

In Mrd. US-Dollar, Quelle: Bundesministerium der Finanzen



Mehr Zusammenarbeit in Europa

Wir legen großen Wert darauf, dass der Bundestag bei allen wichtigen Entscheidungen in angemessener Weise beteiligt ist. Ohne Schuldendienst, Struktur-reformen und ohne Beteiligung der Gläubiger wird es keine Hilfen für notleidende Euro-Staaten geben. Auf europäischer Ebene haben Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble Stabilitätsreformen durchgesetzt, die früher undenkbar gewesen wären: den verschärften Stabilitäts- und Wachstumspakt, die intensiviert wirtschaftspolitische Koordinierung, den Rettungsschirm und nationale Schuldenbremsen als Selbstverpflichtung der Parlamente.

Auf dem Weg in die europäische Stabilitätsunion brauchen wir keine neue europäische Staatlichkeit, sondern müssen rasch pragmatische Maßnahmen umsetzen. Mehr, nicht weniger Zusammenarbeit in Europa ist die richtige Antwort auf die Krise. Die Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion ist kein Selbstzweck, sondern dient der Sicherung unseres Wohlstands im gesamten Euro-Raum.

Weitere Informationen zur Europa-, Haushalts- und Finanzpolitik der Fraktion finden Sie im Internet unter
www.cducsu.de/europa
www.cducsu.de/haushalt
www.cducsu.de/finanzen



Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt.



Der Fraktionsvorstand beschäftigte sich bei seiner Klausur unter anderem mit der Haushaltsberatung und der Euro-Rettung.



Die Vorstandsklausur der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 31. August bis 1. September 2011 in Berlin.



Finanzmarktregulierung – Wie geht es weiter?

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich seit Langem für ein widerstandsfähigeres Finanzsystem ein und hat das regulatorische Korsett schon deutlich gestrafft. Deutschland ist mittlerweile nationaler Vorreiter. Weitere Maßnahmen müssen jetzt vor allem auch auf internationaler Ebene durchgesetzt werden.

Instrumentarium für systemrelevante Finanzinstitute

Dies betrifft insbesondere den Umgang mit global systemrelevanten Finanzinstituten. Analog zum deutschen Restrukturierungsgesetz muss ein Instrumentarium entwickelt werden, das die Verlusttragfähigkeit global systemrelevanter Institute stärkt und für den Krisenfall ihre geordnete – auch grenzüberschreitende – Restrukturierung oder Abwicklung ermöglicht. Hierzu werden Beschlüsse der G20-Staats- und Regierungschefs auf ihrem G20-Gipfel im November erwartet.

Einführung einer EU-weiten Finanzmarktsteuer

Überdies steht die Beteiligung des Finanzsektors an Kosten der Krisenbewältigung aus. Diese Lasten dürfen nicht allein dem Steuerzahler aufgebürdet werden. Die christlich-liberale Koalition will mit einer Finanzmarktsteuer die öffentlichen Haushalte entlasten und ungezügelter Finanztransaktionen bremsen. Aus Wettbewerbsgründen sollte diese Steuer von möglichst vielen Staaten eingeführt werden, insbesondere an bedeutenden Finanzplätzen. Es ist ein großer politischer Erfolg, dass die EU-Kommission nach langer Debatte eine Gesetzgebungsinitiative ergriffen hat. Das Tor für eine europäische Lösung ist geöffnet.

Mehr Wettbewerb und Regulierung bei Ratingagenturen

Ratingagenturen unterliegen zwar seit 2010 strengeren Aufsichtsregeln, ihre Regulierung muss aber fortentwickelt werden. Es bedarf Maßnahmen, mit denen die weit verbreitete Verwendung ihrer Bonitätsbeurteilungen verringert wird. Des Weiteren sollen die Ratingqualität verbessert, der Wettbewerb im Ratingmarkt gestärkt und zivilrechtliche Haftungsregelungen für Ratingagenturen eingeführt werden. Interessenkonflikte bei Ratingagenturen müssen vermieden werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird dazu im November 2011 einen Kongress veranstalten.

Regulierung des Schattenbankensektors

Im Zuge der weiteren Finanzmarktregulierung muss verhindert werden, dass die Finanzmarktakteure Geschäftstätigkeiten in den nicht oder wenig regulierten Bereich auslagern. Dies betrifft zum einen nichtkooperative Jurisdiktionen, in denen keine oder nur eine schwache Regulierung des Finanzmarkts erfolgt. Zum anderen muss dem sogenannten Schattenbankensektor stärkere Aufmerksamkeit gewidmet werden.



Wir bringen Deutschland die Energie von morgen

In Deutschland beginnt ein neues Energiezeitalter. Im Sommer dieses Jahres hat die christlich-liberale Koalition mit der Verabschiedung eines neuen Energiekonzeptes eine für die Zukunft unseres Landes wegweisende Entscheidung getroffen. Mit diesem Gesetzespaket – einem Kernprojekt der Legislaturperiode – wird Deutschland ein Land der erneuerbaren Energien.

Die Umstellung wird nicht leicht. Doch die Energiewende wird Deutschlands Chancen verbessern, seine hervorragende Wettbewerbsposition in der Welt zu halten. Deutschland als Land der Innovation fordert sich selbst heraus. Aber in aller Welt heißt es schon jetzt, wenn es einer schafft, dann die Deutschen. Schon jetzt beginnen erste Länder wie Japan mit Überlegungen, es ähnlich wie Deutschland zu machen.

Neue Energie, aber bezahlbar

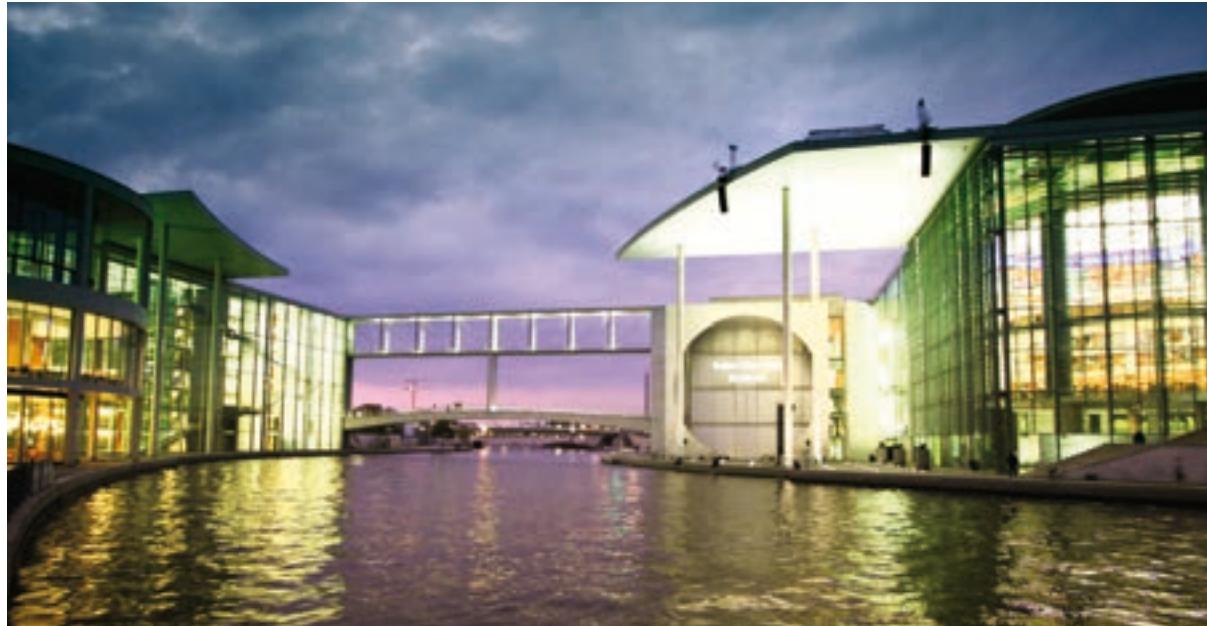
Das Ziel ist ehrgeizig: Schon in zwei Jahrzehnten wollen wir rund 50 Prozent unseres Stroms aus erneuer-

baren Energien erzeugen; 2050 sollen es mindestens 80 Prozent sein. Wind, Sonne, Wasser und Biomasse werden die Hauptlieferanten für die Energieversorgung sein. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat bei den Verhandlungen streng darauf geachtet, dass die Energie heute und morgen bezahlbar bleibt.

Der Kurs wird von einer breiten Mehrheit der Bürger akzeptiert. 94 Prozent halten den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien für richtig. 80 Prozent sind auch bereit, die dafür notwendigen Aufschläge auf den Strompreis zu zahlen.

Deutschland profitiert von Energiewende

Wir bereiten uns auf die Zeit vor, in der auf der Erde die Öl- und Gasvorkommen verbraucht sein werden. Schon auf mittlere Sicht werden wir uns unabhängiger von den Öl- und Gasimporten machen. Krisen in den Förderregionen werden unsere Wirtschaft weniger treffen als bisher.



Diese größere Unabhängigkeit wird sich dämpfend auf die Energiepreise auswirken. Wenn auch heute die erneuerbaren Energien im Preis über den herkömmlichen liegen, könnte sich das Verhältnis schon in absehbarer Zeit umkehren. Grund: Die fossilen Brennstoffe werden immer teurer, je knapper sie werden.

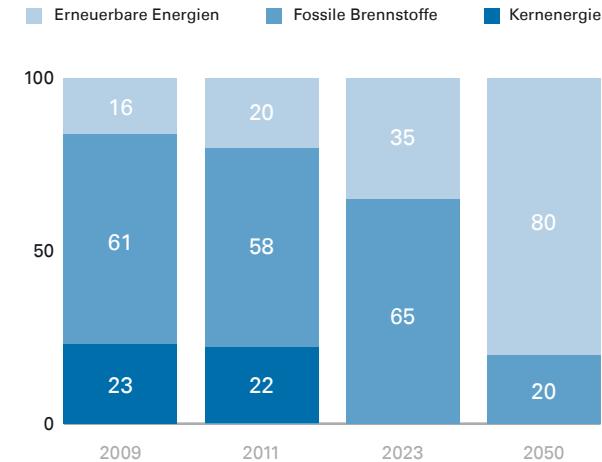
Vor allem werden Klima und Umwelt geschont. Deutschland will – im Sinne der nächsten Generationen – auch beim Klimaschutz Vorreiter sein. Die Treibhausgasemissionen sollen bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 um 40 Prozent gesenkt werden, bis 2050 sogar um mehr als 80 Prozent.

Das neue Energiekonzept eröffnet unseren Unternehmen neue Chancen. Unternehmen mit intelligenten Produkten in der Umwelttechnik erhalten die Gelegenheit, die Weltmärkte zu erobern. Deutsche Unternehmen sind schon heute Vorreiter auf dem Gebiet und weisen glänzende Wachstumsraten auf.

Dennoch: Es ist eine Kraftanstrengung notwendig, keine Frage. Doch die unionsgeführte Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden alles daransetzen, dass Deutschlands neuer Energieweg nach dem Ausstieg aus der Kernenergie, der die notwendige Konsequenz aus der Reaktorkatastrophe

Entwicklung des Strommix

Angaben in Prozent, Quelle: BMWi/BMU



von Fukushima war, erfolgreich ist. Energie muss sicher, bezahlbar und umweltfreundlich sein.

Ausbau der erneuerbaren Energien

Die jüngsten Zahlen geben Anlass zum Optimismus. Im ersten Halbjahr dieses Jahres wurden erstmals über 20 Prozent der Stromversorgung aus erneuerbaren Energien gedeckt. Vor einem Jahr waren es nur 17 Prozent. Viele Gemeinden unternehmen enorme Anstrengungen, sich möglichst selbst aus erneuerbaren Energien zu versorgen. Der Staat wird ihren

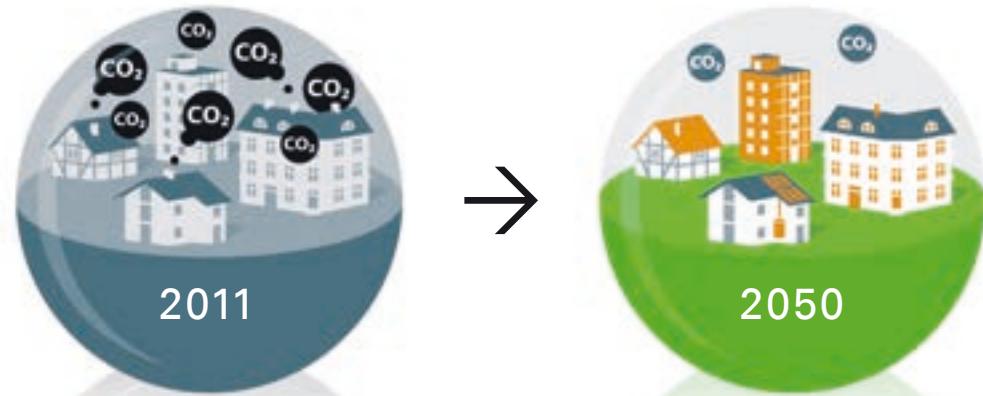
Ausbau weiter fördern. Allein für den Ausbau der Windenergie-Parks auf dem Meer werden wir günstige Kredite in einem Gesamtvolumen von fünf Milliarden Euro zur Verfügung stellen.

Keine Frage – Energie wird in Zukunft teurer werden. Bei der Förderung der erneuerbaren Energien hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion aber streng darauf geachtet, dass die Preise für die Bürger im Rahmen bleiben. Es geht darum, die Markteinführung zu fördern, nicht eine Dauersubvention festzuschreiben. Das war einer der zentralen Punkte, die wir durchgesetzt haben. Deshalb wollen wir die Umlage für die erneuerbaren Energien bei der Stromrechnung auf 3,5 Cent begrenzen. Uns war auch wichtig, Anreize zu setzen, damit sich die Technik immer weiter verbessert. Wir haben auch erreicht, dass nicht immer neue Anlagen errichtet werden, ohne dass vorher geklärt wird, ob tatsächlich eine konkrete Nachfrage besteht.

Diejenigen Unternehmen, die produktionsbedingt viel Strom verbrauchen müssen, werden wir schonen. Mit voller Unterstützung der Bundestagsfraktion wird die Bundesregierung in diesem Punkt auch in der Europäischen Union hart bleiben. Wir wollen nicht, dass Unternehmen ins Ausland abwandern. Neben den großen Betrieben werden auch mittelständische Unternehmen begünstigt.

Klimaneutraler Gebäudebestand: Was heißt das?

Bis 2050 sollen die Gebäude in Deutschland kaum noch schädliche Klimagase ausstoßen.
Quelle: Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena), Stand: Mai 2011.



Ausbau der Stromnetze

Deutschland muss hier mehr tun als in der Vergangenheit. Insbesondere der aus Windenergie auf dem Meer gewonnene Strom muss in den Süden transportiert werden. Dazu fehlen derzeit die Kapazitäten.

Alle, die in Bundestag und Bundesrat der Fortschreibung unseres Energiekurses zugestimmt haben, müssen an seiner Verwirklichung mitarbeiten. Verweigerung darf es hier nicht geben. Denn wer sich verweigert, verspielt Deutschlands Zukunftschancen.

Energie einsparen

In den nächsten Jahren wird auch die Energieeinsparung stark an Bedeutung gewinnen. Sie ist die einfachste Art, Ressourcen zu schonen und Kosten langfristig zu senken. Die Automobilindustrie ist schon heute dabei, den Spritverbrauch immer weiter zu verringern. Wir müssen dafür sorgen, dass wir weniger Heizenergie verbrauchen. Deshalb fördern wir die Gebäudesanierung. Natürlich ist dies zunächst nicht zum Nulltarif zu haben. Auch hier sollten die Länder mitziehen. Aber langfristig werden sich auch diese Anstrengungen lohnen.



Die Fraktionsvollversammlung ist das oberste Beschlussgremium.

Umstieg kontrollieren

Energie ist für eine Gesellschaft fast so wichtig wie das Blut für den Menschen. Deshalb darf uns auf dem Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien kein Fehler passieren. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird darauf achten, dass unabhängige Experten regelmäßig darauf schauen, ob wir mit unseren Maßnahmen richtig liegen. Die neue Energieversorgung muss genauso sicher sein wie die in den vergangenen Jahrzehnten.

Die Würde dieses Planeten erhalten

Die Bewahrung der Schöpfung gehört zu unserem Wertefundament. Daran hat uns Papst Benedikt XVI. in seiner Rede am 22. September 2011 noch einmal erinnert. Materie sei nicht nur das Material für unser



Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Fraktionssitzung.

Tun, sagte der Heilige Vater im Bundestag. Die Erde trage selbst eine Würde in sich. Die Menschen müssen ihrer Weisung folgen.

Mit unserem Energiekonzept, das wir fortentwickelt haben, folgen wir diesem Gedanken. Wir haben im Jahr 2011 das Fundament zu einer Energieversorgung gelegt, mit der wir die Lebensgrundlagen bewahren. Der Klimaschutz wird gefördert und die Welt als Planet erhalten, so wie Gott ihn schuf. Wir tun dies für die kommenden Generationen.

Weitere Informationen zur Energie- und Umweltpolitik der Fraktion finden Sie im Internet unter
www.cducsu.de/umwelt
www.cducsu.de/energie
www.cducsu.de/wirtschaft
www.cducsu.de/elektromobilitaet



Wie und warum müssen die Netze ausgebaut werden?

Das heutige Stromnetz ist durch historisch gewachsene zentrale Erzeugungsstrukturen geprägt. Kohle-, Gas- und Kernkraftwerke waren in der Nähe der großen Ballungszentren angesiedelt, die Stromerzeugung lag also relativ nah am Verbraucher. In Zukunft wird die Stromerzeugung auf See und in den Küstenregionen deutlich zunehmen. Dieser Strom muss zum Endverbraucher transportiert werden. Dafür sind neue Stromleitungen nötig.

3.600 Kilometer neue Leitungen bis 2020

Heute braucht man, um eine neue Trasse zu planen, zu genehmigen und zu bauen, oftmals zehn Jahre oder länger. Die Deutsche Energie-Agentur hat in einer Studie den Ausbaubedarf im Übertragungsnetz auf 3.600 Kilometer bis zum Jahr 2020 beziffert. Mit der heutigen Geschwindigkeit ist das nicht zu schaffen.

Gesetz zur Beschleunigung des Netzausbaus

Um das Ganze voranzutreiben, hat die christlich-liberale Koalition ein Gesetz zur Beschleunigung des Netzausbaus beschlossen. Der Bund wird für einige länderübergreifende Trassen die Planung in eigener Verantwortung übernehmen. In den Verfahren sind weitgehende Partizipationsmöglichkeiten der verschiedenen Interessenträger vorgesehen. Das Gesetz geht hinsichtlich Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung teilweise deutlich über den Status quo hinaus. So wird dem Planfeststellungsverfahren beispielsweise eine Antragskonferenz mit umfassenden Beteiligungsmöglichkeiten vorgeschaltet.



Was bedeutet die Energiewende für den Klimaschutz?

Das Abschalten der Kernkraftwerke führt dazu, dass derzeit auch ältere, ineffiziente konventionelle Kraftwerke am Netz bleiben müssen, auf die wir aus Gründen des Klimaschutzes und der Wirtschaftlichkeit gern verzichtet hätten. Um unsere ambitionierten Klimaziele einzuhalten, werden wir in anderen Bereichen für noch mehr Klimaschutz sorgen.

Energieeffizienz wird das Klima schützen

Die energetische Sanierung des Gebäudebestands ist ein wichtiger Schlüssel zur Energiewende und zum Erreichen der Klimaziele. Unser zentrales Ziel ist deshalb, den Wärmebedarf der Gebäude zu senken – allein bis 2020 um 20 Prozent. Bis 2050 soll der Gebäudebestand nahezu „klimaneutral“ sein. Dafür ist die Verdopplung der energetischen Sanierungsrate von jährlich etwa ein auf zwei Prozent erforderlich. Der Bund erhöht die Finanzmittel des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms von 2012 bis 2014 um 600 Millionen auf 1,5 Milliarden Euro.

Nachhaltige Mobilität spart Energie und CO₂

In Deutschland ist der Verkehr derzeit für 30 Prozent des Energieverbrauchs und für etwa 20 Prozent aller CO₂-Emissionen verantwortlich. Bis 2020 sollen hier zehn Prozent Endenergie, bis 2050 sogar 40 Prozent eingespart werden. Die Entwicklung alternativer Kraftstoffe und energiesparender Antriebe ist für die Sicherung einer nachhaltigen Mobilität von überragender Bedeutung.



Die Fraktionsitzung ist ein zentrales Element der Meinungsbildung.



Der Geschäftsführende Vorstand der CDU/CSU-Fraktion.



Im Fraktionsplenum diskutieren die 237 Abgeordneten und stimmen über Initiativen, Anträge und Gesetzesvorlagen ab. Hier werden Vorentscheidungen für das Abstimmungsverhalten im Bundestag gefällt.



Wir verteidigen die Religionsfreiheit und stehen den Christen bei

Lange Zeit wurde in Deutschland geschwiegen, wenn Menschenrechtsverletzungen einen religiösen Hintergrund hatten. Dass Christen häufig Opfer von staatlicher oder gesellschaftlicher Diskriminierung oder gar Verfolgung sind, nahmen lediglich einige Fachleute zur Kenntnis. Es war die Union, die den Einsatz für Religionsfreiheit auf die politische Tagesordnung gesetzt hat und die dafür sorgt, dass dem Thema nun die notwendige Aufmerksamkeit zukommt. Denn bei Fragen des Glaubens geht es um einen zentralen Bereich der menschlichen Würde. Religionsfreiheit ist eine Grundvoraussetzung für ein freiheitliches Leben.

Antrag für Religionsfreiheit vom Bundestag verabschiedet

In der parlamentarischen Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat dieses Engagement seinen festen Platz. Im Dezember 2010 hat der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit dem Antrag der Koalitionsfraktionen „Religionsfreiheit weltweit schützen“ (Bundestagsdrucksache 17/2334) zugestimmt. Damit haben wir die zentralen programmatischen Wegmarken für diese Legislaturperiode bestimmt, an denen sich unser Einsatz für Religionsfreiheit orientiert: das

Recht, für seinen Glauben zu werben, das Recht, den Glauben zu wechseln, und der Menschenrechtscharakter der Religionsfreiheit. Damit setzen wir unsere Verpflichtung aus dem Koalitionsvertrag um, uns weltweit für Religionsfreiheit einzusetzen.

Eine besondere Rolle spielt in unserer Fraktion der Stephanus-Kreis. Er versteht sich als überkonfessionelles Gremium, das allen Unionsabgeordneten, denen das Thema Religionsfreiheit besonders am Herzen liegt, offensteht.

Einsatz für Christen bei Besuchen vor Ort

Bei unserem weltweiten Einsatz für Religionsfreiheit müssen wir die spezifische Situation in den einzelnen Ländern im Blick haben. In weiten Teilen Afrikas und Asiens nimmt die Zahl der Christen stark zu. Zahlreiche neue Gemeinden entstehen. Dies erzeugt häufig Abwehrreaktionen in anderen Teilen der Bevölkerung. So kommt es beispielsweise in multiethnischen und multireligiösen Staaten wie Indien immer wieder zu Gewalt. Radikale Hindu-Fundamentalisten organisieren dort Ausschreitungen gegen religiöse Minderheiten, um Veränderungen in der indischen Gesellschaft

zu verhindern. In China wird die freie Religionsausübung staatlicherseits massiv eingeschränkt. Hier fürchtet sich die Regierung vor Kirchen, die nicht unter direkter staatlicher Kontrolle stehen. In Nigeria wie auch in anderen afrikanischen Ländern kommt es immer wieder zu massiven gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Christen und Muslimen mit zahlreichen Toten und Verletzten. In Eritrea geht das Regime mit größter Brutalität gegen die Christen vor. Bei Verhaftungen drohen jahrelange Gefängnisaufenthalte unter unmenschlichen Bedingungen.

In Gesprächen mit politischen Repräsentanten anderer Staaten dringen wir auf die volle Verwirklichung der Religionsfreiheit, und auch auf Delegationsreisen spielt der Einsatz für Religionsfreiheit eine wichtige Rolle. Bei den Regierungen vor Ort mahnen wir einen besseren Schutz der bedrängten Christen an.

Unterstützung für Mor Gabriel

Problematisch ist der Umgang mit der Religionsfreiheit auch in der Türkei – einem Land, das den Status eines EU-Beitrittskandidaten genießt. War Anfang des 20. Jahrhunderts noch ein Viertel der Bevölkerung auf türkischem Territorium Christen, so ist ihr Anteil inzwischen drastisch gesunken. Heute leben weniger als 100.000 Christen in der Türkei. Dieser kleinen Minderheit werden nach wie vor elementare Grundrechte verweigert. Besonders prekär ist die Lage des Klosters Mor Gabriel. Im Südosten des Landes gelegen, stellt es das geistige Zentrum der syrisch-orthodoxen

Christen dar. Der türkische Staat erhebt aber seit geraumer Zeit Ansprüche auf die Ländereien des Klosters. In Gesprächen mit dem Abt haben wir uns über den aktuellen Stand der Gerichtsverfahren informiert und dem Kloster unsere Unterstützung zugesagt.

Es ist aber auch die Aufgabe der Europäischen Kommission, in den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auf eine Verbesserung der Lage der Minderheiten zu dringen und ihre rechtliche Gleichstellung anzumahnen. Gemeinsam mit seinem österreichischen Amtskollegen Karlheinz Kopf hat sich der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder in dieser Angelegenheit an den Präsidenten der EU-Kommission, Manuel Barroso, gewandt. Wir sind der Überzeugung, dass die EU in den Beitrittsverhandlungen keine neuen Kapitel eröffnen sollte, ehe nicht deutliche Verbesserungen im Bereich der Religionsfreiheit zu erkennen sind.

Abwanderung aus islamischen Staaten

In zahlreichen Ländern des Nahen Ostens ist der Islam Staatsreligion oder genießt eine Vorrangstellung. Christen und Angehörige anderer religiöser Minderheiten leben zum Teil unter starker Bedrängnis; viele von ihnen sind in den vergangenen Jahrzehnten von dort ausgewandert. So sinkt der Anteil der Christen an der Bevölkerung dort, wo die historischen Wurzeln unserer Religion liegen, kontinuierlich.

Seit dem politischen Umbruch, der in Tunesien begonnen hat und sich über Ägypten in der gesamten



Artikel 4 zur Religionsfreiheit als Installation „Grundgesetz 49“ von Dani Karavan am Jakob-Kaiser-Haus des Deutschen Bundestages.



Fraktion vor Ort: Indien und Ägypten

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, hat sich in den vergangenen Jahren nahezu auf allen seinen Auslandsreisen über die Lage der Christen in den jeweiligen Ländern informiert. So sprach er das Thema der bedrängten und verfolgten Christen unter anderem in Indonesien, Malaysia, China und in der Türkei an.

Solidarität mit der koptischen Minderheit

Nachdem in der Neujahrsnacht bei einem Anschlag auf eine Kirche in Alexandria 21 Menschen ums Leben gekommen waren, besuchte Volker Kauder Anfang Januar 2011 Ägypten – als Zeichen der Solidarität mit der koptischen Minderheit. Im Gespräch sicherte er Papst Shenouda III. die Unterstützung der CDU/CSU-Fraktion zu. Nach dem Sturz des Regimes von Präsident Hosni Mubarak besuchte Kauder im Mai 2011 das Land noch einmal, um sich über den politischen Umbruch in Ägypten zu informieren und auf eine rechtliche Gleichstellung der christlichen Minderheit zu dringen.

Schutz der Christen in Orissa

Im August 2011 machte er sich ein Bild von der Lage der Christen im indischen Bundesstaat Orissa. Drei Jahre nach gewaltsamen Übergriffen von fundamentalistischen Hindus, bei denen fast hundert Christen getötet worden waren, fühlt sich die christliche Minderheit nach wie vor bedroht. In den Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten des Bundesstaates, Naveen Patnaik, wurde uns versprochen, dass die Behörden alles in ihrer Macht Stehende tun werden, um den Schutz der Christen zu verbessern.



Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder besuchte im August 2011 verfolgte und diskriminierte Christen in Orissa/Indien.



Ein koptisch-orthodoxer Priester zeigt der Delegation um Volker Kauder beim Besuch Ägyptens im Mai 2011 eine Felsenkirche.

Region ausbreitet, gibt es sowohl Anlass zur Hoffnung als auch Anlass zur Sorge, was die Zukunft der Christen betrifft. Wir werben dafür, dass in den neuen Verfassungen Ägyptens und Tunesiens, über die derzeit beraten wird, die Gleichberechtigung aller Bürger unabhängig von ihrer religiösen und konfessionellen Zugehörigkeit verankert wird. Auch für Libyen wünschen wir uns, dass dieser Gedanke beim politischen Neuanfang eine tragende Rolle spielt. Über die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Hanns-Seidel-Stiftung unterstützen wir die Demokratisierung des politischen Lebens und helfen beim Aufbau von politischen Parteien mit, in denen Muslime und Christen gleichberechtigt zusammenarbeiten.

Irakischen Christen eine neue Heimat bieten

Ein besonderes Anliegen ist für uns die Lage der Christen im Irak. „Unsere Heimat ist die Hölle“ – mit diesen Worten beschrieb Bischof Shlemon Warduni aus Bagdad bei seinem Besuch im Dezember 2010 im Bundestag die Lage im Irak. Lebten im Jahr 2003 noch über eine Millionen Christen im Irak, so sind es heute weniger als 300.000. Viele Christen sind in die Nachbarländer geflohen. Allein 13.000 Christen sind beim Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen in Syrien registriert. Die Dunkelziffer der Flüchtlinge dürfte noch weitaus größer sein. Viele von ihnen sind traumatisiert. Sie haben Folter, Vergewaltigungen und Entführungen erlebt, ihre Familien wurden auseinandergerissen. Heute haben diese Flüchtlinge das Gefühl, in einer Sackgasse gelandet zu sein. Sie können

nicht zurück in ihre irakische Heimat, weil sie dort nicht sicher sind. Aber auch in Syrien sehen sie für sich keine Zukunft, denn dort hat sich die politische Situation in den vergangenen Monaten dramatisch zugespitzt. Aus diesem Grund haben sich Abgeordnete der Union schon in der vergangenen Legislaturperiode dafür eingesetzt, Irak-Flüchtlingen in Deutschland eine neue Heimat zu bieten. Im Jahr 2009 hat Deutschland 2.500 Irak-Flüchtlinge aus Syrien und Jordanien aufgenommen und dabei darauf geachtet, dass die Mehrzahl von ihnen Christen oder Angehörige anderer religiöser Minderheiten waren. Angesichts der verzweifelten Lage der irakischen Christen in Syrien müssen wir nun prüfen, ob wir erneut mit einer Aufnahme in Deutschland helfen können.

Das „C“ ist für uns Programm

Diesen selbst formulierten Anspruch an unsere Politik gilt es auch in der Außenpolitik einzulösen. Mit unserem Einsatz für Religionsfreiheit und den Schutz christlicher Minderheiten zeigen wir, worauf es ankommt. Nachdem es der Union in den vergangenen Jahren gelungen ist, die Bedeutung der Religionsfreiheit herauszustellen, kommt es nun darauf an, den Einsatz für sie mit den weiteren Zielen unserer Außenpolitik zu verzahnen.

Weitere Informationen zur Menschenrechts- und Außenpolitik der Fraktion finden Sie im Internet unter www.ducsu.de/aussen www.ducsu.de/menschenrechte www.ducsu.de/kirchen



Fraktion in Aktion: Kongress „Das ‚C‘ ist für uns Programm“

Den verfolgten und bedrängten Christen auf der Welt eine Stimme zu geben, auf ihre Situation aufmerksam zu machen und Wege zu finden, ihnen in ihrer Not zu helfen – das waren die Anliegen eines Kongresses, den die Unionsfraktion im September im Bundestag veranstaltete. Unter dem Motto „Religionsfreiheit verteidigen – Christen beistehen“ diskutierten Betroffene mit Repräsentanten des Vatikans, mit Vertretern der beiden großen Kirchen in Deutschland und mit Abgeordneten der Fraktion. Über 600 Gäste waren gekommen, um sich über den Einsatz der Union für Religionsfreiheit zu informieren.

Bekenntnis zum Glauben gehört zur Natur des Menschen

Kurienkardinal Peter Turkson, Präsident des päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden, und der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses Nikolaus Schneider, unterstrichen die Bedeutung der Religionsfreiheit im christlichen Menschenbild. Wie die Würde des Menschen, so gehöre auch die Freiheit, sich zu Gott zu bekennen, unveräußerlich zur Natur des Menschen. Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder betonte die zentrale Bedeutung der Religion im Leben des Menschen und versicherte, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in ihrem Engagement für die verfolgten und bedrängten Christen nicht nachlassen wird.



600 Besucher kamen zum Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Religionsfreiheit verteidigen, Christen beistehen“ am 19. September 2011.



Erzbischof Ludwig Schick, Monsignore Obiora Ike (Nigeria), Schwester Thérèse Moussalem (Syrien), Moderatorin Tanja Samrotzki, Reverend Richard Howell (Indien) und der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Ruck, (v.l.n.r.) diskutierten über die Situation und Perspektiven von bedrängten und verfolgten Christen.



Die Flagge des Vatikans wehte vor dem Ostportal des Reichstags anlässlich des Besuchs und der Rede von Papst Benedikt XVI. im Deutschen Bundestag. In der Woche des Papstbesuchs fand auch der Kongress zur Religionsfreiheit statt.



Wir sorgen dafür, dass der Aufschwung bei den Menschen ankommt

Deutschland ist stärker aus der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise herausgekommen als die anderen Industrieländer. Auch 2011 hat sich die Wirtschaft weitaus besser entwickelt als erwartet. Das Wachstum ist erneut sehr stark und wird voraussichtlich eine Rate von knapp drei Prozent erreichen.

2011 ist das Jahr eins nach Auslaufen der Konjunkturprogramme. Die guten Daten belegen, dass der Aufschwung sich inzwischen selbst trägt, was nicht zuletzt der Politik der christlich-liberalen Koalition zu verdanken ist. Vor allem haben wir es geschafft, die Binnenkräfte entscheidend zu stärken. Die deutsche Konjunktur hängt nicht mehr allein vom Export ab. Sie lebt immer mehr auch von heimischen Investitionen und der Nachfrage der Verbraucher.

Basis der guten Entwicklung ist ein breites Grundvertrauen in die wirtschaftliche Stärke unseres Landes, in seine Innovationsfähigkeit, seinen sozialen Frieden und seine politische Führung. Der Koalition ist es gelungen, die Realwirtschaft vor den Turbulenzen an den Finanzmärkten zu schützen – insbesondere

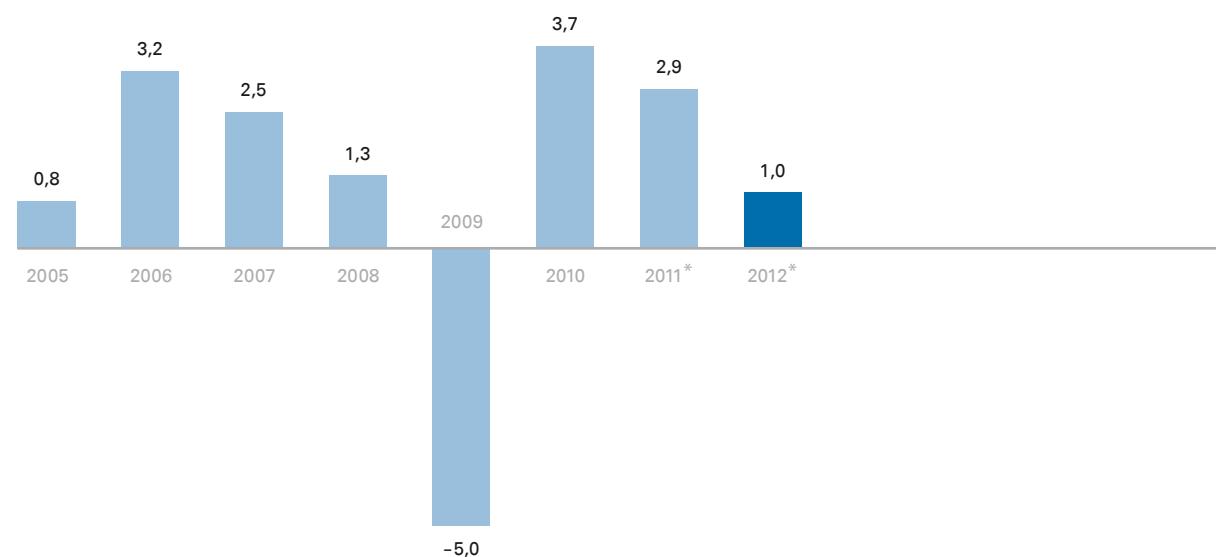
durch ihre Finanzmarktreformen und ihre konsequente Haushaltskonsolidierung mit dem Sparpaket von knapp 82 Milliarden Euro.

Durchschnittsverdiener im Mittelpunkt der Steuerpolitik

Wachstumspolitische Signale haben wir auch mit unseren steuerpolitischen Vereinbarungen gesetzt. Gleich zu Beginn der Legislaturperiode haben wir ein Sofortprogramm mit krisenentschärfenden Maßnahmen bei der Unternehmensteuer umgesetzt, den Kinderfreibetrag auf 7.008 Euro und das Kindergeld um 20 Euro erhöht. Bei der Erbschaftsteuer haben wir die Sätze insbesondere für Geschwister, Nichten und Neffen deutlich herabgesetzt. Zusammen mit den ebenfalls seit 1. Januar 2010 geltenden Entlastungen in der Lohn- und Einkommensteuer durch erweiterte Absetzbarkeit der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge beträgt die jährliche Entlastung rund 20 Milliarden Euro. Der Durchschnittsverdiener steht für uns dabei im Mittelpunkt.

Wachstum des Bruttoinlandprodukts

Angaben in Prozent, Quelle: Statistisches Bundesamt,
* Herbstgutachten der Bundesregierung, Oktober 2011



Steuererklärung vereinfachen, Bürokratieaufwand mindern

Mit dem vom Bundestag am 9. Juni 2011 verabschiedeten Steuervereinfachungsgesetz hat die christlich-liberale Koalition gezeigt, dass sie neben der Krisenbewältigung auch gestalterische Versprechen aus dem Koalitionsvertrag einhält: Die Papierflut wird deutlich reduziert, die Steuererklärung kann einfacher

und schneller erledigt werden. Zugleich sieht das Gesetz eine steuerliche Entlastung von Arbeitnehmern und Familien mit Kindern um jährlich 590 Millionen Euro vor. Der Bürokratieaufwand für Unternehmen wird durch Erleichterungen bei der elektronischen Rechnungsstellung um vier Milliarden Euro pro Jahr reduziert. Die Sozialdemokraten haben das Gesetzesvorhaben allerdings in unverantwortlicher Weise im Bundesrat blockiert.

Wir werden beim Thema Steuervereinfachung nicht locker lassen. Wesentliches Ziel bleibt ein Abbau der kalten Progression, also eine Tarifentlastung der unteren und mittleren Einkommen im Rahmen der Haushaltsspielräume.

Leuchtturmprojekte für den Innovationsstandort Deutschland

Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass der Wirtschafts- und Innovationsstandort Deutschland Leuchtturmprojekte braucht. Die deutsche Automobilindustrie etwa ist eine Schlüsselindustrie, die mit ihren Qualitätsprodukten unser Ansehen überall auf der Welt hebt. Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland weltweit zum Leitmarkt für Elektromobilität wird. Vor allem verdoppeln wir die Forschungsförderung bis 2013 auf eine Milliarde Euro. Unsere Wirtschaft, unser Arbeitsmarkt und die Umwelt werden von diesem Wachstumsimpuls dauerhaft profitieren.

Kampf der Bürokratie

Wir kämpfen hartnäckig gegen bürokratische Wachstumshemmnisse. Der Bürokratieabbau ist eine Daueraufgabe. Wir haben den Normenkontrollrat gestärkt und seinen Aufgabenbereich erweitert. Er misst künftig nicht mehr nur den reinen Bürokratieaufwand, der mit Informationspflichten verbunden ist. In die Messungen gehen nunmehr der gesamte Zeitaufwand und die Kosten ein, die Bürgern, Wirtschaft und Ver-

waltung durch die Beachtung bundesrechtlicher Normen entstehen. Sowohl der Gesetzgeber als auch die Verwaltung reagieren deutlich kritischer auf bürokratische Belastungen als früher. Noch vor fünf Jahren mussten Unternehmen in Deutschland jährlich rund 50 Milliarden Euro für amtliche Nachweise, Antragsformulare, das Ablegen von Rechnungen und andere bürokratische Arbeiten aufwenden. Bis Mitte 2011 war die jährliche Belastung der Wirtschaft im Vergleich zu 2006 um 22 Prozent geschrumpft. Bis Ende des Jahres wollen wir die Bürokratiekosten um ein Viertel verringert haben.

Weitere Informationen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik der Fraktion finden Sie im Internet unter www.cducsu.de/wirtschaft www.cducsu.de/finanzen



Wir schaffen Arbeitsplätze und bringen die Menschen raus aus Hartz IV

Deutschland ist gestärkt aus der Krise gekommen. Der Arbeitsmarkt zeigt sich in bester Verfassung. Allein im ersten Jahr der christlich-liberalen Koalition sind 500.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden. Die Zahl der Arbeitslosen ist unter die Drei-Millionen-Marke gesunken. Zum ersten Mal verzeichnen wir nach einer Wirtschaftskrise auch einen deutlichen Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit. Für Menschen, die bislang geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt hatten, ist das ein großartiger Erfolg.

Reform der Jobcenter

In den vergangenen beiden Jahren haben wir mit einem umfangreichen Arbeitspensum die Grundlage dafür gelegt, dass sich diese Entwicklung auch in Zukunft fortsetzen kann. Durch die Reform der Jobcenter haben wir die „Hilfe aus einer Hand“ in

eine verfassungsgemäße Form überführt. Die Jobcenter wurden organisatorisch und inhaltlich neu aufgestellt. Auf diese Weise fördern wir die Wirksamkeit der Arbeitsvermittlung und geben den Betroffenen optimale Hilfe auf dem Weg aus der Erwerbslosigkeit.

Hartz-IV-Reform: Arbeit muss sich lohnen

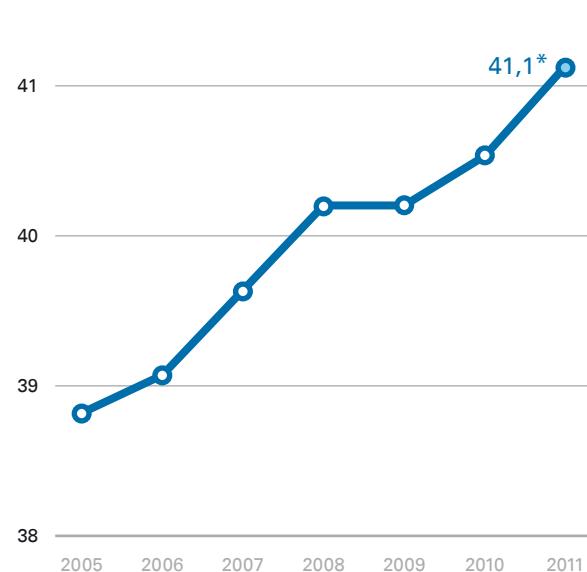
Mit der Reform des Leistungsrechts in der Grundsicherung für Arbeitsuchende liegen seit diesem Jahr transparent und nachvollziehbar berechnete Hartz-IV-Sätze vor. Bei dieser Reform haben wir uns von dem Gedanken leiten lassen, dass Arbeit sich lohnen muss und dass das Ziel staatlichen Handelns nicht sein kann, eine Notlage auf Dauer erträglich zu gestalten. Alles andere wäre ungerecht – auch und besonders gegenüber denjenigen, die mit eigener harter Arbeit ein geringes Einkommen erwirtschaften.

Rückkehr zu einem Leben in Eigenverantwortung

Die Notwendigkeit von sozialen Unterstützungsleistungen als Akt der Solidarität stellt die Union grundsätzlich nicht infrage. Aber als Christdemokraten geht es uns auch darum, den in Not geratenen Menschen eine Rückkehr zu einem Leben in Freiheit und Eigenverantwortung zu ermöglichen. Langfristig

Zahl der Erwerbstätigen

Angaben in Millionen, Quelle: Bundesagentur für Arbeit
* Jahresmitte

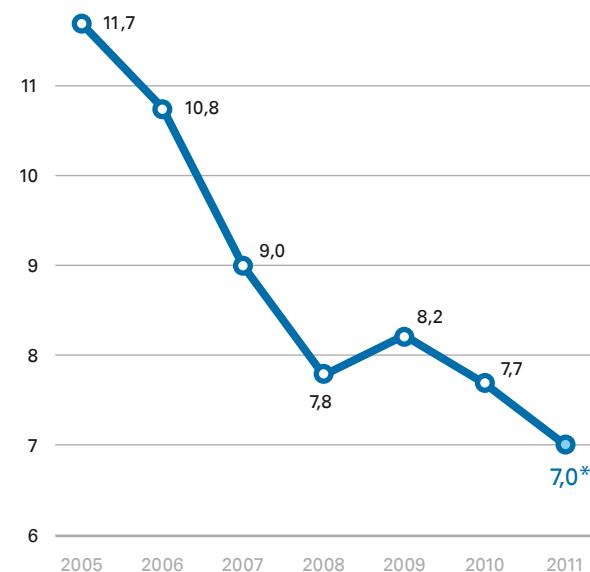


erreichen wir dieses Ziel durch eine Politik, die in die Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen investiert. Zentraler Bestandteil unserer Reform der Leistungen für Hartz-IV-Empfänger war deshalb ein Bildungspaket für 2,5 Millionen Kinder in Höhe von 1,6 Milliarden Euro pro Jahr.

Kurzfristig erreichen wir unser Ziel, mehr Menschen in Arbeit zu bringen, indem wir die arbeitsmarktpoli-

Arbeitslosenquote

Angaben in Prozent, Quelle: Bundesagentur für Arbeit
* Jahresmitte



tischen Instrumente leistungsfähiger und wirtschaftlicher machen. Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt haben wir auch diesen Auftrag aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Eine gute Arbeitsmarktpolitik verlangt, Arbeitsuchende mit genau derjenigen Maßnahme zu unterstützen, die der individuellen Situation am besten entspricht. Deshalb haben wir mit dem Gesetz nicht zuletzt mehr Entscheidungsfreiheit für die Jobcenter vor Ort geschaffen.

Bund übernimmt Altersgrundsicherung

Die Umsetzung des Bildungspakets übernehmen die Kommunen. Damit sie diese Aufgabe gut und nachhaltig ausführen können, brauchen sie eine solide Finanzausstattung. Aus diesem Grund wird der Bund schrittweise die Finanzierung der Altersgrundsicherung von den Kommunen übernehmen. Insbesondere strukturell benachteiligte Städte, Kreise und Gemeinden werden dadurch dauerhaft entlastet. Konkret sparen die Kommunen allein bis zum Jahr 2015 Kosten in Höhe von 12,2 Milliarden Euro. Ab 2014 werden die Grundsicherungskosten vollständig vom Bund getragen.

Damit haben wir eine falsche Entscheidung von Rot-Grün aus dem Jahr 2003 korrigiert. Damals war die Altersgrundsicherung ohne Ausgleich auf die Kommunen übertragen worden. Deren Kosten haben sich seither verdreifacht und betragen heute circa 3,9 Milliarden Euro jährlich.

Mindestlohn und Teilhabe behinderter Menschen

Neben diesen großen Reformen haben wir eine Reihe kleinerer, wenn auch nicht minder wichtiger Vorhaben umgesetzt. So haben wir mit dem Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein Maßnahmenbündel geschaffen, mit dem wir behinderten Menschen eine umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Darüber hinaus haben wir im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Wach- und Sicherheitsgewerbe, im Gebäudereinigerhandwerk und in der Pflege einen Mindestlohn eingeführt. Zudem ist die gesetzliche Grundlage für einen Mindestlohn in der Zeitarbeit geschaffen worden.

Weitere Informationen zur Arbeitsmarktpolitik der Fraktion finden Sie im Internet unter
www.cducsu.de/arbeitsundsoziales
www.cducsu.de/arbeitnehmer
www.cducsu.de/behindertenpolitik
www.cducsu.de/kommunales



Wir gestalten die Bildungs- und Familienrepublik Deutschland

Deutschland ist auf dem Weg zur Bildungsrepublik – das ist unser Werk. Denn wir wissen: Auf Dauer werden wir den Wohlstand der Menschen in unserem Land nur dadurch sichern, dass wir international wettbewerbsfähig bleiben. Das wird uns aber nur gelingen, wenn wir unseren Bildungs- und Innovationsvorsprung behaupten können. Aus diesem Grund erhöhen wir die Investitionen des Bundes in Bildung und Forschung bis zum Jahr 2013 um insgesamt zwölf Milliarden Euro – und dies trotz genereller Einsparungen im Bundeshaushalt und trotz Schuldenbremse. Allein im Jahr 2012 wird der Etat ein Rekordniveau von 12,8 Milliarden Euro umfassen. Zwei Jahre nach der Unterzeichnung des Koalitionsvertrags mit der FDP können wir nicht ohne Stolz auf das Erreichte zurückblicken.

Die Investitionen in Bildung und Forschung kommen allen zugute. Um schwächeren Schülern auf dem Weg zu einem Schul- und Berufsabschluss zu helfen und ihnen ein sicheres Fundament für die Zukunft zu geben, haben wir die Initiative „Bildungsketten“ ins Le-

ben gerufen. Mit ihr sorgen wir für eine individuelle Begleitung von der Vorabgangsklasse bis in das erste Ausbildungsjahr.

Exzellenzinitiative und Hochschulpakt

Umfangreiche Mittel fließen zudem den Hochschulen und Forschungsorganisationen zu. Durch den „Pakt für Forschung und Innovation“ stellen wir die außeruniversitäre Forschung auf ein solides Fundament und garantieren ihr ein jährliches Plus von fünf Prozent. Mit der „Exzellenzinitiative“ stärken wir die universitäre Forschung. Im „Hochschulpakt“ mit den Ländern haben wir dafür gesorgt, dass mehr als 330.000 zusätzliche Studienplätze entstehen.

1,1 Milliarden Euro stellen wir allein dafür bereit, die durch doppelte Abiturjahrgänge und die Aussetzung der Wehrpflicht vorübergehend stark steigende Studentenzahl abzufedern. Darüber hinaus haben wir mit dem „Deutschlandstipendium“ und dem Aus-

bau der Begabtenförderwerke auch die Studienförderung beträchtlich erweitert. Uns ist wichtig, dass niemand aufgrund der finanziellen Situation seiner Eltern auf ein Studium verzichten muss. Deshalb haben wir nach der kräftigen Erhöhung des BAföG im Jahr 2008 in dieser Wahlperiode die Sätze und Freibeträge nochmals angehoben. All das hat mit dazu beigetragen, dass die Zahl der Studienanfänger auf ein Niveau gestiegen ist, das deutlich über 40 Prozent eines Jahrgangs liegt.

Bildungspaket für benachteiligte Kinder

Wir Christdemokraten setzen uns mit Nachdruck für die Familien ein. Zu Beginn der Wahlperiode haben wir die finanzielle Situation der Familien gestärkt und das Kindergeld für jedes Kind um monatlich 20 Euro erhöht sowie den Kinderfreibetrag auf 7.008 Euro angehoben. Seit dem 1. Januar 2011 stehen den Kindern von Hartz-IV-Empfängern weit gefächerte Hilfen zur Bildung und Teilhabe aus dem Bildungspaket zu.

Zusätzliche Mittel investieren wir in bis zu 4.000 Schwerpunkt-Kitas zur Sprach- und Integrationsförderung. Um Kinder und Jugendliche vor Gewalt und Vernachlässigung zu schützen, hat die Koalition ein Bundeskinderschutzgesetz auf den Weg gebracht. Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich engagieren möchten, unterstützen wir durch den neuen Bundesfreiwilligendienst. Mit ihm machen wir den Bürgern das Angebot, sich für einen Zeitraum zwischen sechs und 24 Monaten für das Gemeinwohl zu engagieren.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Zur Stärkung der Familien gehört auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wir halten trotz der erforderlichen Einsparungen im Bundeshaushalt am Ausbau der Kindertagesbetreuung fest und stellen dafür bis 2013 vier Milliarden Euro bereit. Überdies hat die Koalition das Familienpflegezeitgesetz auf den Weg gebracht. Es ermöglicht Erwerbstätigen, ohne große finanzielle Einbußen ihre Arbeitszeit zu reduzieren, um Zeit für die Pflege von Angehörigen zu haben.

Um Frauen nach einer Familienpause den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben zu erleichtern, haben wir das Programm „Perspektive Wiedereinstieg“ ins Leben gerufen und ausgebaut. Zur Erleichterung des beruflichen Wiedereinstiegs wollen wir die haushaltsnahen Dienstleistungen wie Kinderbetreuung oder Haushaltshilfen stärker fördern. Dies werden wir in der zweiten Hälfte der Wahlperiode ebenso angehen wie die Einführung des Betreuungsgeldes. Um Wahlfreiheit zu anderen öffentlichen Angeboten und Leistungen zu ermöglichen, soll ab 2013 ein Betreuungsgeld in Höhe von 150 Euro – gegebenenfalls als Gutschein – für Kinder unter drei Jahren als Bundesleistung eingeführt werden.

Weitere Informationen zur Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik der Fraktion finden Sie im Internet unter www.cducsu.de/bildung www.cducsu.de/familie www.cducsu.de/arbeitundsoziales



Fraktionsvorsitzender Volker Kauder, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer Peter Altmaier und CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt.



Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Generalaussprache zum Bundeshaushalt.



Die CDU/CSU-Fraktion im Plenum.



Wir verbessern die medizinische Versorgung, stärken die Rechte der Verbraucher und unsere Landwirtschaft

Auch in Zukunft sollen alle Menschen in unserem Land – unabhängig von Einkommen oder Alter – wohnortnah die beste medizinische Versorgung erhalten. Die Herausforderungen des demografischen Wandels können wir nur mit einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung meistern. Deshalb haben wir in den vergangenen beiden Jahren mit mehreren großen Gesetzen das Gesundheitswesen grundlegend verändert.

Indem wir die Gesundheits- von den Lohnnebenkosten entkoppelt haben, haben wir die Voraussetzung dafür geschaffen, dass steigende Gesundheitsausgaben nicht mehr zu einem Abbau von Arbeitsplätzen führen. Die Zusatzbeiträge, die die Kassen erheben dürfen, überfordern niemanden: Übersteigt der Zusatzbeitrag die Grenze von zwei Prozent des Einkommens, erfolgt ein automatischer Sozialausgleich, der aus Steuermitteln finanziert wird. Der Erfolg gibt uns recht: Wir haben nicht nur das für 2011 befürchtete milliardenschwere Defizit der gesetzlichen Kranken-

kassen abgewandt. Die gesetzlichen Krankenkassen konnten sogar einen Überschuss erwirtschaften. Dazu haben alle Beteiligten gleichermaßen einen Beitrag geleistet: Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Ärzte, Zahnärzte und Apotheker, Krankenhäuser, Krankenkassen und Pharmahersteller.

Stärkung der Patientensouveränität

Neben dieser großen Reform haben wir eine Reihe weiterer wichtiger Vorhaben umgesetzt oder auf den Weg gebracht, wie das Infektionsschutzgesetz, mit dem wir die Zahl der Krankenhausinfektionen erheblich reduzieren wollen, das Transplantationsgesetz, mit dem wir die Rahmenbedingungen für die Organtransplantation verbessern, oder die unabhängige Verbraucher- und Patientenberatung, die wir von einem Modellvorhaben in die Regelversorgung überführen. Mit ihr stärken wir die Patientensouveränität.



2012 wird die Reform der Pflegeversicherung im Zentrum unserer Arbeit stehen. Dabei werden wir insbesondere die Leistungen für Menschen mit Demenzerkrankungen verbessern und die pflegenden Angehörigen stärken. Darüber hinaus werden wir eine Reform der Finanzierung der Pflegeversicherung vornehmen, damit sie für künftige Generationen bezahlbar bleibt und Pflegebedürftige auch in Zukunft auf ihre Leistungen vertrauen können.

Leitbild des mündigen Verbrauchers

Leitbild unserer Verbraucherschutzpolitik ist der mündige Verbraucher. Die neue Online-Plattform „Lebensmittelklarheit“ ist ein Beispiel für unser Konzept des mündigen Verbrauchers. Das Portal klärt über Produkte auf und vermittelt dem Verbraucher den direkten Kontakt mit den Herstellern.

Wir haben Transparenz und Rechtssicherheit ausgebaut und werden sie weiter stärken. Das zwei Jahre alte Verbraucherinformationsgesetz haben wir auf den Prüfstand gestellt. Unternehmen, die Verbraucher in die Irre führen, sollen künftig im Internet veröffentlicht werden. Den Telekommunikationsdschungel wollen wir durchschaubar machen. Wir beenden die Abzockepraxis der Service-Hotlines bei Warteschleifen. Darüber hinaus wollen wir die Preisansagepflicht auf Call-by-Call-Anrufe ausweiten. Das Gesetz gegen unerlaubte Telefonwerbung werden wir überprüfen. Es ist unser Ziel, dass am Telefon geschlossene Verträge schriftlich bestätigt

werden müssen. Wir wollen den Schutz der Persönlichkeit in der digitalen Welt vorantreiben. Internet-abzocke werden wir im Rahmen der europäischen Verordnung „Rechte der Verbraucher“ bekämpfen: Einkäufe im Netz soll der Kunde auf einem gesonderten Feld ausdrücklich bestätigen müssen.

Für eine Landwirtschaft des Miteinanders

Wir haben die von Rot-Grün betriebene Spaltung der Agrarwirtschaft beendet und stehen für eine wissenschaftlich fundierte Bewertung neuer und innovativer Technologien. Nur so sind die zukünftigen Aufgaben erfüllbar. Erhebliche Investitionsmittel wurden im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz“ zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirte zur Verfügung gestellt. Die Reform der landwirtschaftlichen Unfallversicherung, die Mittel aus dem Sofortprogramm und die Korrektur der Agrardieselvergütung entlasten die Betriebe. Wir haben unsere Betriebe fit gemacht für den Weltmarkt. Allein im ersten Halbjahr 2011 wurden Güter im Wert von rund 27,3 Milliarden Euro exportiert, über elf Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Weitere Informationen zur Gesundheits-, Verbraucher- und Agrarpolitik der Fraktion finden Sie im Internet unter www.cducsu.de/gesundheitspolitik
www.cducsu.de/gesundheitspolitik
www.cducsu.de/agrarundverbraucher
www.cducsu.de/verbrauerschutz



Wir schützen unsere Bürger

Deutschland ist im europäischen und internationalen Vergleich ein sicheres Land. Damit dies trotz der anhaltenden Bedrohung vonseiten des islamistischen Terrorismus so bleibt, verbessern wir kontinuierlich die Sicherheitsstrukturen. Unser oberstes Ziel ist es, terroristische Netzwerke frühzeitig zu erkennen und zu zerstören. Mit der neuen Visawarndatei gehen wir gezielt gegen illegale Einreise und internationalen Terrorismus vor. Die Sicherheitsbehörden haben durch die Verlängerung der Antiterrorgesetze auch weiterhin wichtige Eingriffsbefugnisse für ein zielgerichtetes Einschreiten zur Hand. Mit der weiteren Optimierung der Geldwäscheprävention tragen wir dazu bei, dass die Finanzierung des Terrorismus zusätzlich erschwert wird.

Datenspeicherfrist bleibt auf der Agenda

Deutschland ist ein weltoffenes Land. Wer aber unserer Gesellschaft feindlich gesonnen ist, gegen den gehen wir unnachgiebig vor. Bei der Verfolgung schwerster Straftaten und insbesondere beim Kampf

gegen organisierte Kriminalität und Terrorismus muss der Zugriff auf die Verbindungsdaten der Telekommunikationsanbieter möglich sein. Deshalb lassen wir auch nicht nach, die Neuregelung der Mindestspeicherfrist für Verkehrsdaten der Telekommunikation beharrlich einzufordern.

Besonderer Schutz für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste

Ein besonderes Anliegen ist uns der Schutz derjenigen, die unsere Sicherheit und Freiheit verteidigen. Deshalb haben wir die Strafbarkeit bei Gewalt gegenüber Polizeibeamten verschärft und auch Feuerwehrleute sowie Angehörige von Rettungsdiensten in den besonderen Schutz einbezogen.

Sicherungsverwahrung reformiert

Um die Allgemeinheit vor hochgefährlichen Straftätern zu schützen, haben wir die Sicherungsverwah-

rung durch ein neues Therapie- und Unterbringungsgesetz reformiert. Eine vom Bundesverfassungsgericht bis 2013 geforderte erneute Reform werden wir verantwortungsvoll vorantreiben und dabei besonders den Schutz der Bevölkerung im Blick haben.

Änderung des Bundestagswahlrechts

Wir haben das Bundestagswahlrecht entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts verändert und so den mathematischen Effekt des sogenannten „negativen Stimmengewichts“ beseitigt. Der Fall, dass mehr Zweitstimmen für eine Partei zu weniger Mandaten derselben Partei führen, gehört damit der Vergangenheit an. Die Grundstruktur unseres bewährten Wahlrechts mit der eigenständigen Bedeutung von Erst- und Zweitstimme wird aber nicht angetastet.

Cyber-Kriminalität bekämpfen

Die rasante Zunahme der Cyber-Kriminalität stellt uns vor neue Herausforderungen. Die Bundesregierung hat ein nationales Cyber-Abwehrzentrum eingerichtet, um auf Angriffe schnell und abgestimmt reagieren zu können. Mit dem De-Mail-Gesetz haben wir zudem eine zuverlässige Möglichkeit der elektronischen Kommunikation für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung geschaffen.

Familiennachzug von Spätaussiedlern

Das Schicksal der Vertriebenen, Spätaussiedler und der deutschen Minderheiten ist uns weiterhin ein besonderes Anliegen. Mit einer Härtefallregelung beim Familiennachzug von Spätaussiedlern tragen wir dazu bei, dauerhafte Familientrennungen zu vermeiden.

Reform der Rechtspflege

Eine moderne und effiziente Rechtspflege bedarf – auch angesichts neuer Technologien – der regelmäßigen Anpassung und Weiterentwicklung, ohne dass dabei der Rechtsschutz zu kurz kommt. Mit der Schaffung eines elektronisch geführten zentralen Testamentsregisters bauen wir in erheblichem Umfang Bürokratie ab. Dadurch können Nachlassverfahren schneller und effizienter im Sinne des letzten Willens des Erblassers geführt werden. Im Zivilprozess wurde der Rechtsschutz der Bürger in der Berufungsinstanz verbessert. Auch stärken wir die Mediation und andere außergerichtliche Verfahren der Konfliktbeilegung.

Beschäftigtendatenschutz neu regeln

Neue Technologien stellen auch neue Anforderungen an die Datensicherheit. Bei der Neuregelung des Beschäftigtendatenschutzes bringen wir die Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in einen angemessenen Ausgleich. Dem Schutz von Arbeitnehmern ebenso wie den Interessen der Wirtschaft dient auch die



Erleichterung der Sanierung von Unternehmen. So werden die Chancen auf Restrukturierung und Fortführung von Unternehmen verbessert.

Kinderschutz verbessert

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen ist uns ein besonderes Anliegen. Um Fälle von Kindesmisshandlungen und Vernachlässigungen wirksamer zu ver-

hindern, haben wir den Kinderschutz im Vormundschaftsrecht verbessert und die Voraussetzungen für einen intensiveren Kontakt zwischen Vormund und Mündel geschaffen.

Weitere Informationen zur Innen- und Rechtspolitik der Fraktion finden Sie im Internet unter www.cducusu.de/innen www.cducusu.de/recht



Wir stehen für eine dauerhaft friedliche und gerechte Ordnung in der Welt

Eine dauerhaft friedliche und gerechte Ordnung in der Welt zu schaffen – das ist das Ziel unserer Außenpolitik. Deutschland, ein Land im Herzen Europas und fest verankert im Westen, arbeitet dabei eng mit seinen europäischen und transatlantischen Verbündeten zusammen. Gleichzeitig braucht unser Land aber auch starke Partnerschaften mit den Ländern, deren Entscheidungen in der Zukunft unser Schicksal mitbestimmen werden. Brasilien, Indien und China gestalten aufgrund ihrer Größe, ihrer Wirtschaftskraft und ihrer Dynamik Weltpolitik immer stärker mit. Russland, unser wichtigster Energielieferant, beeinflusst die Sicherheit Europas.

Einsatz für Freiheit, Demokratie und Achtung der Menschenrechte

Gemeinsam mit unseren europäischen und transatlantischen Verbündeten treten wir für Freiheit, Demokratie und die Achtung der Menschenrechte ein. Der Umbruch in der arabischen Welt ist ein Ereignis von historischer Dimension. Es zeigt sich, dass der Drang nach Freiheit und einem besseren Leben universell ist.

Deutschland unterstützt die Kräfte, die einen demokratischen Neuanfang wagen wollen, bei den begonnenen Reformprozessen. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Lage der religiösen Minderheiten. Die Sicherheit Israels ist ein weiteres wichtiges Anliegen unseres Engagements in der Region.

Neuausrichtung der Bundeswehr

Die Bedrohungslage in Europa hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark gewandelt. Sicherheitsrisiken gehen heute seltener von Staaten aus und können ihren Ursprung in entlegenen Regionen haben. Deutschland muss auch in Zukunft in vollem Umfang seinen Bündnisverpflichtungen nachkommen können, vor allem bei der Beseitigung bedrohlicher Krisenherde in der Welt. Deshalb reformiert die christlich-liberale Regierung die Bundeswehr – es ist die größte Reform in der Geschichte unserer Streitkräfte. Die Struktur der Bundeswehr wird so gestaltet, dass sie all ihre Aufgaben optimal erfüllen kann. Die Zahl der Soldaten, die effektiv für den Einsatz zur Verfügung stehen, wird dadurch erhöht. Nach-

Die Stärke der deutschen Einsatzkontingente

Quelle: Bundesministerium der Verteidigung,
Stand: 19. Oktober 2011



Gesamt: rund 7.300 Soldatinnen und Soldaten

dem wir die Wehrpflicht ausgesetzt haben, muss die Bundeswehr nun intensiver denn je um qualifiziertes Personal werben, da sie mit anderen Arbeitgebern konkurriert. Wir beschreiten neue Wege, um dem Nachwuchs attraktive Arbeitsbedingungen zu bieten.

Schrittweise Verantwortung übertragen

Einen wichtigen Beitrag für unsere Sicherheit leistet die Bundeswehr in Afghanistan. Auf Grundlage eines Mandats der Vereinten Nationen sind deutsche Soldaten und zivile Helfer am Hindukusch aktiv. Sie schaffen unter schwierigsten Bedingungen ein sicheres Umfeld für den Aufbau des Landes, an dem sie sich selbst auch beteiligen. Deutschland unterhält zwei regionale Wiederaufbauteams im Norden des Landes. Soldaten und zivile Aufbauhelfer arbeiten dort Hand in Hand. Im Bundestag haben wir unsere Strategie deutlich gemacht: eine schrittweise Übergabe der Verantwortung an afghanische Sicherheitskräfte. Damit unterstützen wir das Ziel der afghanischen Regierung, bis 2014 allmählich selbst für die Sicherheit des Landes sorgen zu können. Nicht mehr benötigte Fähigkeiten der Bundeswehr können auf dem Weg dahin Schritt für Schritt reduziert werden.

Rohstoffversorgung sichern

Deutschlands hochtechnologische Industriezweige brauchen eine sichere Rohstoffversorgung. Zahlreiche Arbeitsplätze hängen davon ab, ob es gelingt, den

Zugang und die Versorgung langfristig zu sichern. Die Union hat deshalb das Thema Rohstoffversorgung mit Kongressen und Fachgesprächen auf die politische Agenda gesetzt. Wir haben eine Rohstoffstrategie entwickelt und dafür gesorgt, dass das Thema im Deutschen Bundestag breit diskutiert wurde.

EU muss handlungsfähig bleiben

Auch nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon bleibt die Erweiterung der Europäischen Union auf der Tagesordnung. Wir freuen uns, mit Kroatien bald ein neues Mitglied begrüßen zu können. Die europäische Perspektive gilt zwar für alle Beitrittskandidaten, doch dürfen keine falschen Erwartungen geweckt werden. Nur Länder, die beitriffsreif sind, können Mitglied der Europäischen Union werden. Im Bundestag begleiten wir den Prozess der Heranführung und die Beitrittsverhandlungen aufmerksam. Regelmäßig überzeugen sich Parlamentarier auch vor Ort, dass die Staaten konsequent auf die Erfüllung der Beitrittskriterien hinarbeiten. Maßgeblich für die Erweiterung ist letztlich die Aufnahmefähigkeit der EU. Denn nur wenn die Gemeinschaft reif ist für eine Erweiterung, kann sie auch mit mehr Mitgliedern handlungsfähig bleiben.

Weitere Informationen zur Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik der Fraktion finden Sie im Internet unter www.cducsu.de/aussen, www.cducsu.de/verteidigung, www.cducsu.de/entwicklung und www.cducsu.de/menschenrechte

Weitere Informationen zu ausgewählten Politikfeldern der Fraktion finden Sie im Internet unter folgenden Links:

Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
www.cducsu.de/verkehr

Sport und Ehrenamt
www.cducsu.de/sport

Kultur und Medien
www.cducsu.de/kultur

Tourismus
www.cducsu.de/tourismus

Petitionen
www.cducsu.de/petitionen

Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft
www.cducsu.de/eidg

Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität
www.cducsu.de/wachstum

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
www.cducsu.de/nachhaltigkeit

1. Untersuchungsausschuss
www.cducsu.de/1untersuchungsausschuss

Gruppe der Frauen
www.cducsu.de/frauen

Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik
www.cducsu.de/kommunales

Parlamentskreis Mittelstand
www.cducsu.de/mittelstand

Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler
www.cducsu.de/vertriebene

Junge Gruppe
www.cducsu.de/jungegruppe

Beauftragter für die maritime Wirtschaft
www.cducsu.de/maritimewirtschaft

Beauftragter für IT, Kommunikations- und Postpolitik
www.cducsu.de/itundpost

Projektgruppe Integration
www.cducsu.de/integration

Veranstaltungen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich auch 2011 in einer Reihe von Kongressen und Fachgesprächen mit aktuellen politischen Fragestellungen beschäftigt. Einen zentralen Stellenwert nimmt die Veranstaltungsreihe „Das ‚C‘ ist für uns Programm“ ein. Darin lotet die Union aus, wie die christlichen Werte in konkrete Politik umgesetzt werden können. Einen zweiten Veranstaltungsschwerpunkt bildet die Finanzmarktregulierung. Die Fraktion erörtert, wie das regulatorische Korsett weiter gestrafft werden kann.

26.01.2011 Nachhaltigkeit – Erfolgsfaktor Mittelstand (Kongress)

Nachhaltigkeit ist die enge Verbindung zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, ökologischer Verantwortung und sozialer Gerechtigkeit. Viele kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland leben uns dies schon längst vor.

07.02.2011 Das „C“ ist für uns Programm – Christliches Menschenbild und Soziale Marktwirtschaft (Kongress)

Es wurden Lösungsansätze diskutiert, wie das soziale Modell in Deutschland angesichts der Finanz- und

Wirtschaftskrisen und der demografischen Herausforderungen wetterfest gemacht werden kann.

21.02.2011 Sprache ist Heimat (Kongress)

Der Schutz und die Pflege unserer Sprache – und dazu zählen auch Minderheitensprachen und regionale Dialekte – sind ein Kernanliegen der Kulturpolitik der Union.

21.03.2011 Attraktive Arbeit für Fachkräfte – Wanderungsbilanz positiv gestalten (Fachgespräch)

Um den Fachkräftemangel abzuwenden, müssen wir die in Deutschland vorhandenen Potenziale an Fähigkeiten und Qualifikationen ausschöpfen und uns auch um Menschen aus anderen Ländern bemühen.

06.04.2011 Nordafrika und der Nahe Osten im Umbruch – Schlussfolgerungen für die Entwicklungspolitik (Fachgespräch)

Es wurden die Ursachen der Umwälzungen genauer analysiert und Schlussfolgerungen für die deutsche und internationale Entwicklungspolitik gezogen.



Kongress „Das ‚C‘ ist für uns Programm – Religionsfreiheit verteidigen, Christen beistehen.“

08.04.2011
Filmempfang (Empfang)

Das Erfolgsmodell des Deutschen Filmförderfonds hat die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Filmwirtschaft gestärkt und den Filmstandort Deutschland international attraktiv gemacht.

09.05.2011
10 Jahre Sozialgesetzbuch IX – Jetzt Teilhabechancen stärken (Kongress)

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Perspektiven für eine umfassende Teilhabe von Menschen mit Behinderung.

11.05.2011
Metropolen – Perspektiven politischer Gestaltungskraft (Kongress)
Die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Großstädte hängt auch davon ab, inwiefern die Politik die richtigen Rahmenbedingungen setzt.

08.06.2011
Sicherungsverwahrung – Wie geht es weiter? (Fachgespräch)
Die Fraktion erörterte, wie die vom Bundesverfassungsgericht begrüßte Reform der Sicherungsverwahrung durch die christlich-liberale Koalition aus dem vergangenen Jahr weiterentwickelt werden muss.

27.06.2011
Das „C“ ist für uns Programm – Die Würde des Menschen schützen: Vom Anfang des Lebens bis zu seinem Ende (Kongress)
Politisches Handeln, das sich am christlichen Menschenbild orientiert, ist im besonderen Maße gefordert, wenn es um den Schutz menschlichen Lebens von seinem Anfang bis zum Ende geht.

29.06.2011
Finanzmarktregulierung nach der Krise – Eine Zwischenbilanz (Kongress)
Die Fraktion setzt sich für ein widerstandsfähigeres Finanzsystem ein und hat dafür das regulatorische Korsett schon deutlich gestrafft. Der Auftaktveranstaltung folgen Kongresse zur Regulierung von Ratingagenturen und zur Finanzaufsicht.



Fachgespräch zur Sicherungsverwahrung in der Presselounge.



Kongress zur Finanzmarktregulierung im Fraktionssitzungssaal.



Rio+20: Kongress zur nachhaltigen Entwicklung.

06.07.2011
 Rio+20: Nachhaltige Entwicklung – Die afrikanische Sicht (Kongress)
 Mit der Konferenz der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro wurden die Weichen für eine globale nachhaltige Entwicklung gestellt. Beim Kongress wurde Bilanz gezogen.

05.09.2011
 Nationale Umsetzung der UNESCO-Konvention zum immateriellen Kulturerbe (Fachgespräch)
 Sobald Deutschland dem UNESCO-Übereinkommen beigetreten ist, können Bräuche, Trachten und Handwerkstechniken unseres Landes für die „Repräsentative Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit“ vorgeschlagen werden.



Fachgespräch zur Zukunft der Fischerei in Deutschland.

19.09.2011
 Das „C“ ist für uns Programm – Religionsfreiheit verteidigen, Christen beistehen (Kongress)
 In der Woche, in der Papst Benedikt XVI. Deutschland besuchte, wurde gemeinsam mit den Kirchen und internationalen Gästen erörtert, wie wir bedrängten und verfolgten Christen helfen können.

26.09.2011
 Reform der europäischen Fischereipolitik – Zukunft der Fischerei in Deutschland (Fachgespräch)
 Die Fraktion arbeitete heraus, welche Auswirkungen die EU-Vorschläge auf die wirtschaftliche Situation der Fischereiwirtschaft in Deutschland haben können.

28.09.2011
 Internationalisierung der deutschen Hochschul- und Forschungslandschaft – Konkurrenz oder Kooperation? (Kongress)
 Die Bundesregierung hat im Jahr 2008 eine Internationalisierungsstrategie zur Stärkung der Rolle Deutschlands in der globalen Wissensgesellschaft vorgelegt. Es wurde eine Zwischenbilanz gezogen.

17.10.2011
 Gerechte Chancen für alle – Erfolgsrezepte für die Bildungsrepublik (Kongress)
 Bund und Länder haben bereits gute Fortschritte auf dem Weg zur Bildungsrepublik erzielt. Infolge des demografischen Wandels eröffnen sich nun neue Chancen: Sinkende Schülerzahlen setzen Finanzmittel frei, die wir gezielt nutzen können, um die Bildungsqualität weiter zu verbessern.

19.10.2011
 Zukunftsstandort Deutschland – Welche Infrastruktur brauchen wir? (Kongress)
 Unternehmen machen ihre Standortentscheidungen heute mehr denn je davon abhängig, wo sie die bestmögliche Infrastruktur vorfinden.

24.10.2011
 Rio+20: Gehen die Meere unter? – Neue Impulse für den internationalen Meeresschutz (Kongress)
 Zur Vorbereitung des Jubiläumsgipfels wurde über den Schutz der Meere und ihre nachhaltige Nutzung, über Nutzungskonflikte und entsprechende Lösungs-

ansätze, über die EU-Fischereipolitik und internationale Schutzbemühungen diskutiert.

26.10.2011
 Außenpolitik, Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit – Rohstoffversorgung als Querschnittsaufgabe (Kongress)
 Deutschlands hochtechnologische Industrie braucht eine sichere Rohstoffversorgung. Wachstum und Beschäftigung hängen davon ab, ob es gelingt, Zugang und Versorgung langfristig zu sichern.

07.11.2011
 Ratingagenturen – Wie können Regulierung und Wettbewerb verbessert werden? (Kongress)
 Ratingagenturen sind zwar seit 2010 reguliert, ihre Regulierung muss aber fortentwickelt werden. Damit wollen wir uns im Rahmen eines zweiten Kongresses zur Finanzmarktregulierung beschäftigen.

30.11.2011
 Wettbewerb im Handel (Kongress)
 Die Fraktion analysiert, wie stark und nachhaltig der Wettbewerb im Handel wirklich ist und ob die Markttransparenz gesichert ist.

12.12.2011 Demografie (Kongress)
 Schwerpunkte werden voraussichtlich der Arbeitsmarkt im Zeichen des demografischen Wandels und das Thema Integration sein.



Teilnehmer der Fraktionsklausur vom 31. August bis 1. September 2011
im Jakob-Kaiser-Haus, Berlin.

Gremien

Fraktionsvorstand

Geschäftsführender Vorstand

Fraktionsvorsitzender:
Volker Kauder

Erste Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende der CSU-Landesgruppe:
Gerda Hasselfeldt

Stellvertretende Vorsitzende mit den Arbeitsbereichen:

Recht, Innen, Sport und Ehrenamt, Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler
Dr. Günter Krings

Wirtschaft und Technologie, Mittelstand, Tourismus, Petitionen
Dr. Michael Fuchs

Haushalt, Finanzen, Kommunalpolitik
Dr. Michael Meister

Gesundheit, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Johannes Singhammer

Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Arbeit und Soziales, Kirchen, Arbeitnehmer
Ingrid Fischbach

Außen, Verteidigung, Europa
Dr. Andreas Schockenhoff

Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Dr. Christian Ruck

Bildung und Forschung, Kunst, Kultur und Medien
Michael Kretschmer

Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Aufbau Ost, Menschenrechte
Arnold Vaatz

Parlamentarische Geschäftsführer:

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
Peter Altmaier

Stellvertreter des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers und Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe
Stefan Müller

Michaela Noll
Manfred Grund
Bernhard Kaster

Justiziar
Michael Grosse-Brömer
Dr. Wolfgang Götzer

Sprecher der CDU-Landesgruppen
Joachim Hörster

Arbeitsgruppen und Soziologische Gruppen

Vorsitzende der Arbeitsgruppen:

Recht
Andrea Voßhoff

Innen
Dr. Hans-Peter Uhl

Wirtschaft und Technologie
Dr. Joachim Pfeiffer

Finanzen
Klaus-Peter Flosbach

Haushalt
Norbert Barthle

Gesundheit
Jens Spahn

Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Franz-Josef Holzenkamp

Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Dorothee Bär

Arbeit und Soziales
Karl Schiewerling

Auswärtiges
Philipp Mißfelder

Verteidigung
Ernst-Reinhard Beck

Angelegenheiten der Europäischen Union
Michael Stübgen

Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Dirk Fischer

Bildung und Forschung
Albert Rupprecht

Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Marie-Luise Dött

Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Sybille Pfeiffer

Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Erika Steinbach

Sport und Ehrenamt
Klaus Riegert

Kultur und Medien
Wolfgang Börnson

Tourismus
Marlene Mortler

Petitionen
Günter Baumann

Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft
Jens Koeppen

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
Daniela Ludwig

1. Untersuchungsausschuss
Reinhard Grindel

Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität
Dr. Georg Nüßlein

Vorsitzende der Soziologischen Gruppen:

Gruppe der Frauen
Rita Pawelski

Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik
Peter Götz

Arbeitnehmergruppe
Peter Weiß

Parlamentskreis Mittelstand
Dr. Michael Fuchs

Gruppe der Vertriebenen,
Flüchtlinge und Aussiedler
Klaus Brähmig

Junge Gruppe
Marco Wanderwitz

Beisitzer im Fraktionsvorstand:

Thomas Bareiß
Helmut Brandt
Axel E. Fischer
Dr. Maria Flachsbarth
Erich G. Fritz
Reinhard Grindel
Prof. Monika Grütters
Ernst Hinsken
Dr. Rolf Koschorrek
Dr. h. c. Hans Michelbach
Ruprecht Polenz
Christian Freiherr von Stetten
Max Straubinger
Antje Tillmann
Elisabeth Winkelmeier-Becker

Weitere Gremien

Beauftragte des Vorsitzenden:

Beauftragte für Menschen mit
Behinderungen
Maria Michalk

Beauftragter für die maritime Wirtschaft
Eckhardt Rehberg

Beauftragter für Elektromobilität
Andreas Jung

Beauftragter für IT-,
Kommunikations- und Postpolitik
Dr. Georg Nüßlein

Energiekoordinationsgruppe
Thomas Bareiß

Beauftragte für Kirchen und
Religionsgemeinschaften
Dr. Maria Flachsbarth

Projektgruppe Integration
Michael Frieser

Verbraucherschutzbeauftragte
Mechthild Heil

Vorsitzende der Landesgruppen:

Baden-Württemberg
Thomas Strobl

Berlin
Kai Wegner

Brandenburg
Michael Stübgen

Bremen
Bernd Neumann

Hamburg
Dirk Fischer

Hessen
Dr. Michael Meister

Mecklenburg-Vorpommern
Eckhardt Rehberg

Niedersachsen
Michael Grosse-Brömer

Nordrhein-Westfalen
Peter Hintze

Rheinland-Pfalz
Joachim Hörster

Saarland
Peter Altmaier

Sachsen
Dr. Michael Luther

Sachsen-Anhalt
Ulrich Petzold

Schleswig-Holstein
Dr. Ole Schröder

Thüringen
Manfred Grund

Gremien des Bundestages

Bundestagspräsident:
Prof. Dr. Norbert Lammert

Bundestagsvizepräsident:
Eduard Oswald

**Vorsitzende der
Bundestagsausschüsse:**

Rechtsausschuss
Siegfried Kauder

Innenausschuss
Wolfgang Bosbach

Auswärtiger Ausschuss
Ruprecht Polenz

Ausschuss für die Angelegenheiten
der Europäischen Union
Gunther Krichbaum

Ausschuss für Kultur und Medien
Prof. Monika Grütters

Ausschuss für Tourismus
Klaus Brähmig

Ausschuss für Wahlprüfung,
Immunität und Geschäftsordnung
Thomas Strobl

Ausschuss für Wirtschaft und
Technologie
Ernst Hinsken

Ausschuss für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung
Dagmar G. Wöhrl

Enquete-Kommission Internet und
digitale Gesellschaft
Axel E. Fischer

1. Untersuchungsausschuss
Dr. Maria Flachsbarth

**Parlamentarischer Beirat für
nachhaltige Entwicklung:**

Vorsitz
Andreas Jung

237 CDU/CSU- Bundestagsabgeordnete

A

Aigner, Ilse
Altmaier, Peter
Aumer, Peter

B

Bär, Dorothee
Bareiß, Thomas
Barthle, Norbert
Baumann, Günter
Beck, Ernst-Reinhard
Behrens, Manfred
Bellmann, Veronika
Bergner, Dr. Christoph
Beyer, Peter
Bilger, Steffen
Binninger, Clemens
Bleser, Peter
Böhmer, Prof. Dr. Maria
Brnsen, Wolfgang
Bosbach, Wolfgang
Brackmann, Norbert
Brähmig, Klaus
Brand, Michael
Brandl, Dr. Reinhard
Brandt, Helmut
Brauksiepe, Dr. Ralf
Braun, Dr. Helge
Brehmer, Heike
Brinkhaus, Ralph

C

Caesar, Cajus
Connemann, Gitta

D

Dobrindt, Alexander
Dörflinger, Thomas
Dött, Marie-Luise

F

Feist, Dr. Thomas
Ferlemann, Enak
Fischbach, Ingrid
Fischer, Axel E.
Fischer, Dirk
Fischer, Hartwig
Flachsbarth, Dr. Maria
Flosbach, Klaus-Peter
Frankenhauser, Herbert
Friedrich, Dr. Hans-Peter
Frieser, Michael
Fritz, Erich G.
Fuchs, Dr. Michael
Fuchtel, Hans-Joachim
Funk, Alexander

G

Gdechens, Ingo
Gauweiler, Dr. Peter
Gebhart, Dr. Thomas
Geis, Norbert

Gerig, Alois
Gienger, Eberhard
Glos, Michael
Gppel, Josef
Götz, Peter
Gtzer, Dr. Wolfgang
Granold, Ute
Grindel, Reinhard
Grhe, Hermann
Grosse-Brmer, Michael
Grbel, Markus
Grütters, Prof. Monika
Grund, Manfred
Gutting, Olav

H

Hahn, Florian
Harbarth, Dr. Stephan
Hardt, Jürgen
Hasselfeldt, Gerda
Heider, Dr. Matthias
Heiderich, Helmut
Heil, Mechthild
Heinen-Esser, Ursula
Heinrich, Frank
Henke, Rudolf
Hennrich, Michael
Herrmann, Jürgen
Heveling, Ansgar
Hinsken, Ernst
Hintze, Peter
Hirte, Christian
Hochbaum, Robert
Hörster, Joachim

Holmeier, Karl
Holzenkamp, Franz-Josef
Hübinger, Anette

J

Jarzombek, Thomas
Jasper, Dieter
Jüttner, Prof. Dr. Egon
Jung, Andreas
Jung, Dr. Franz Josef

K

Kalb, Bartholomäus
Kammer, Hans-Werner
Kampeter, Steffen
Karl, Alois
Kaster, Bernhard
Kauder, Siegfried
Kauder, Volker
Kaufmann, Dr. Stefan
Kiesewetter, Roderich
Klaeden, Eckart von
Klamt, Ewa
Klein, Volkmar
Klimke, Jürgen
Knoerig, Axel
Koeppen, Jens
Kolbe, Manfred
Koschorrek, Dr. Rolf
Koschy, Hartmut
Kossendey, Thomas
Kretschmer, Michael
Krichbaum, Gunther

Krings, Dr. Günter
Kruse, Rdiger
Kudla, Bettina
Kues, Dr. Hermann

L

Lach, Günter
Lmmel, Andreas
Lamers, Dr. Karl
Lammert, Prof. Dr. Norbert
Landgraf, Katharina
Lange, Ulrich
Lehmer, Dr. Max
Lehrieder, Paul
Leyen, Dr. Ursula von der
Liebing, Ingbert
Lietz, Matthias
Linnemann, Dr. Carsten
Lips, Patricia
Luczak, Dr. Jan-Marco
Ludwig, Daniela
Luther, Dr. Michael

M

Maag, Karin
Maizière, Dr. Thomas de
Marwitz, Hans-Georg von der
Mattfeldt, Andreas
Mayer, Stephan
Meister, Dr. Michael
Merkel, Dr. Angela
Michalk, Maria
Michelbach, Dr. h.c. Hans

Middelberg, Dr. Mathias
Mifelder, Philipp
Monstadt, Dietrich
Mortler, Marlene
Müller, Dr. Gerd
Müller, Stefan
Murrmann, Dr. Philipp

N

Neumann, Bernd
Noll, Michaela
Nlein, Dr. Georg

O

Obermeier, Franz
Oswald, Eduard
Otte, Henning

P

Paul, Dr. Michael
Pawelski, Rita
Petzold, Ulrich
Pfeiffer, Dr. Joachim
Pfeiffer, Sibylle
Philipp, Beatrix
Pofalla, Ronald
Poland, Christoph
Polenz, Ruprecht
Pols, Eckhard

Kontakt

R

Rachel, Thomas
Ramsauer, Dr. Peter
Rehberg, Eckhardt
Reiche, Katherina
Riebsamen, Lothar
Rief, Josef
Riegert, Klaus
Riesenhuber, Prof. Dr. Heinz
Röring, Johannes
Röttgen, Dr. Norbert
Ruck, Dr. Christian
Rüddel, Erwin
Rupprecht, Albert

S

Schäfer, Anita
Schäuble, Dr. Wolfgang
Schavan, Prof. Dr. Annette
Scheuer, Dr. Andreas
Schiewerling, Karl
Schindler, Norbert
Schipanski, Tankred
Schirmbeck, Georg
Schmidt, Christian
Schnieder, Patrick
Schockenhoff, Dr. Andreas
Schön, Nadine
Schröder, Dr. Kristina
Schröder, Dr. Ole
Schulte-Drüggelte, Bernhard
Schummer, Uwe
Schuster, Armin

Seif, Detlef
Selle, Johannes
Sendker, Reinhold
Sensburg, Prof. Dr. Patrick
Siebert, Bernd
Silberhorn, Thomas
Singhammer, Johannes
Spahn, Jens
Stauche, Carola
Steffel, Dr. Frank
Steinbach, Erika
Stetten, Christian Freiherr von
Stier, Dieter
Storjohann, Gero
Stracke, Stephan
Straubinger, Max
Strenz, Karin
Strobl, Thomas
Strothmann, Lena
Stübgen, Michael

T

Tauber, Dr. Peter
Tillmann, Antje

U

Uhl, Dr. Hans-Peter

V

Vaatz, Arnold
Vogel, Volkmar
Vogelsang, Stefanie

Voßhoff, Andrea

W

Wadephul, Dr. Johann David
Wanderwitz, Marco
Wegner, Kai
Weinberg, Marcus
Weiß, Peter
Weiss, Sabine
Wellenreuther, Ingo
Wellmann, Karl-Georg
Wichtel, Heinz Peter
Widmann-Mauz, Annette
Willsch, Klaus-Peter
Winkelmeier-Becker, Elisabeth
Wöhrl, Dagmar G.

Z

Zimmer, Dr. Matthias
Zöller, Wolfgang
Zylajew, Willi

CDU/CSU- Bundestagsabgeordnete

Anschrift

Vorname und Zuname
der/des Bundestagsabgeordneten
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

E-Mail

Berliner Büro
vorname.zuname@bundestag.de

Wahlkreisbüro

vorname.zuname@wk.bundestag.de

Bürgerbüro

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat ein Büro für Bürgerkommunikation.

Bei Fragen, Anregungen und Kommentaren zur Arbeit der Unionsfraktion erreichen Sie es unter:

Bürgertelefon: (030) 227-55550
www.cducusu.de/kontakt

Online



Weitere Informationen über die CDU/CSU-Fraktion:
www.cducusu.de
veranstaltungen.cducusu.de
blogfraktion.de

Themenseiten:
www.dem-land-geht-es-gut.de
eurorettungsschirm.cducusu.de
www.neue-energie-fuer-deutschland.de

twitter.com/cducusubt
twitter.com/cducusupm

facebook.com/cducusubundestagsfraktion

Die CSU-Landesgruppe erreichen Sie unter www.csu-landesgruppe.de.

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Impressum

Herausgeber

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Peter Altmaier
Stefan Müller
Parlamentarische Geschäftsführer
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Pressestelle/Öffentlichkeitsarbeit
Telefon: (030) 227-55374
Telefax: (030) 227-50146
fraktion@cducsu.de, www.cducsu.de

Planung und Redaktion

Pressestelle und Planungsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, verantwortlich Ulrich Scharlack und Ansgar Hollah

Gestaltung

COMMON WORKS Gesellschaft für Kommunikation
und Öffentlichkeitsarbeit mbH, www.common.de

Bildnachweis

Gudrun Senger/photothek.net, Titelbild
Martin Lengemann, S. 5
Christian Doppelgatz/kuxma.de, S. 6, 14, 21, 23, 62
Comstock/Getty Images, S. 8
Markus Hammes, S. 7, 43, 59
Tobias Koch/tokoo.de, S. 12, 18, 31, 43, 46, 51, 60
istockphoto, S. 16, 36
Thomas Imo/photothek.net, S. 24, 32
Frank Bergmann, S. 27, 59
Ulrich Scharlack, S. 28
Jan Bittner, S. 28
Thomas Köhler/photothek.net, S. 30, 52, 58
Ute Grabowsky/photothek.net, S. 40
Liesa Johannssen/photothek.net, S. 44, 48
Steven Rösler, S. 60

Datum

November 2011

Druck

Weide-Homm Druckservice GmbH, Bad Vilbel

Lektorat

Michael Köhler, Frankfurt am Main



Die Textbeiträge werden unter den Bedingungen einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de>

Sie dürfen das Textwerk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen:

Namensnennung: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen.
Zitierhinweis: Für Stabilität und Wachstum, Arbeitsbericht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 2011, Seitenzahl.

Keine kommerzielle Nutzung: Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Keine Bearbeitung: Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

